

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 303.

Dienstag, den 29. Dezember 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Das nächste Vierteljahr

wird sich voraussichtlich zu einer politischen Hochsaison von entscheidender Bedeutung für das deutsche Volk zu gestalten. Der Kampf gegen das persönliche Regime ist mit der Überweisung der im Reichstag gestellten Anträge auf Abänderung der Reichsverfassung und der Reichstags-Geschäftsordnung an die auf 28 Mitglieder verstärkte Geschäftsordnungskommission keineswegs beendet; er ist nur in ein anderes Stadium getreten. Fehlt auch der Mehrheit des Reichstages der Wille zur Macht wie das stolze Gefühl der eigenen Würde, sucht sie auch die Entscheidung zu vertagen und dem Kampfe gegen den Absolutismus auszuweichen, so wird sie doch den energischen Forderungen des über die persönlichen Eingriffe des Kaisers in die auswärtige Politik und das höfische Kamarillatreiben empörten Volkes Rechnung tragen und sich zu einer Erweiterung der Rechte des deutschen Reichstages verstehen müssen. Doch nur dann wird sie solche Schritte unternehmen, wenn sie durch den Volkswillen dazu gezwungen wird. Der Stimmung des Volkes Ausdruck zu geben, mit kritischen Blicken den Verhandlungen zu folgen, die Verschleppung und Vertuschung der zur Lösung drängenden Fragen zu verhindern und gegenüber der Krone wie den auf Erhaltung ihrer Machtstellung bedachten reaktionären Parteien energisch das Recht des Volkes auf Selbstbestimmung und Selbstregierung zu vertreten, das wird deshalb im nächsten Quartal die wichtigste Aufgabe der freiheitlich gesinnten Presse, vor allem der Arbeiterpresse sein. Das Blatt der Lübecker sozialdemokratischen Arbeiterschaft, der

„Lübecker Volksbote“

wird sich dieser Aufgabe nicht entziehen. Ohne Rücksicht auf die Anfeindungen der Staatsgewalt und der herrschenden Klassen wird er das Volksrecht gegenüber dem vorgeblichen Recht der Krone vertreten. Aber wenn der „Lübecker Volksbote“ seine Aufgabe erfüllen soll, dann muß sein Einfluß auf die Masse des werktätigen Volkes gesteigert, sein Abstrich erweitert werden — dann muß der Teil der Lübecker Arbeiter, der noch immer sogenannte „parteilose“ oder sonstige bürgerliche Blätter liest, in seine Leserschaft eingereiht werden.

Neben dem Kampfe gegen den scheinverfassungsmäßigen Absolutismus stehen eine Reihe anderer Fragen zur Entscheidung. In erster Linie die Steuerfragen im Reich und in Lübeck. Der Reichstag hat die Sydowischen Steuerpläne wie die Besoldungsvorlagen der Kommission überwiegen. Ihre Durchberatung in dieser Kommission und später im Plenum wird die wichtigste Arbeit des Reichstages im nächsten Quartal sein; handelt es sich doch darum, ob die zur Reform der Reichsfinanzen nötige Vermehrung der jährlichen Reichseinnahmen um

500 Millionen Mark

wieder fast ausschließlich durch die sogenannten unteren Volksschichten, durch die von der Hand in den Mund lebenden Massen aufgebracht werden soll, oder ob auch solche Steuern wie die Reichs-Vermögens-, Reichseinkommens- und Erbschaftsteuer eingeführt werden sollen, die den Begüterten wenigstens einen Teil der Lasten aufbürden, die durch ihre Heeres-, Flotten- und Kolonialpolitik entstanden sind.

Und neben einer enormen Erhöhung der Reichssteuern droht dem lübschen Staatsbürger eine beträchtliche Vermehrung der Staatssteuern. Eine gemeinsame Kommission, aus der die Arbeiterschaft ausgeschlossen ist, brütet über neue Steuern, die natürlich auf die erwerbstätigen Kreise der Bevölkerung abgewälzt werden.

Zu dieser gespannten inneren Lage, die durch die über das deutsche Wirtschaftsleben hereingebrochene schwere Krise mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend noch verschärft wird, tritt eine beängstigende Gemitterschwüle auf dem Gebiete der Auslandspolitik. Durch den überraschenden Umschwung in der Türkei, die Selbständigkeitsklärung Bulgariens, die österreichische Annexion der Herzegowina und Bosniens sind eine Reihe neuer bedeutender Konfliktsfragen aufgeworfen worden, während der Streit um Marokko noch immer seine Kreise zieht.

In solcher Zeit, wo das deutsche Volk vor den wichtigsten, seine fernere Entwicklung bestimmenden Fragen steht, darf in keinem Arbeiterhaushalt Lübecks und des Fürstentums Lübecks der

„Lübecker Volksbote“

fehlen. Seden Leser, der bisher unser Blatt gehalten hat, besonders alle, die ihn durch die Post beziehen, fordern wir deshalb auf, ohne Verzug ihr

Abonnement zu erneuern.

Doch ist nicht nur nötig, daß unsere bisherigen Leser weiter abonnieren, sondern daß sie auch im Kreise ihrer Freunde und Gesinnungsgenossen, in Werkstatt und Fabrik neue Abonnenten werben. Noch viele der Lässigen und Gleichgültigen gibt es, die zu gewinnen sind. Noch immer liebt ein großer Teil der Lübecker Arbeiter bürgerliche Blätter, die regelmäßig, wenn es gilt, bei Lohnkämpfen, Aussperrungen und Streiks das Interesse der nach Verbesserung ihrer Lage ringenden Arbeiterschaft den Unternehmern gegenüber zu wahren, den kämpfenden Arbeitern in den Rücken fallen.

Alle diese noch abwärts stehenden Elemente gilt es heranzuziehen, sie zum Abonnement auf den „Lübecker Volksbote“ zu bewegen und sie dadurch einzureihen in die Kampfpartei des Proletariats.

Unsere Diplomatie.

In diesen Tagen, da immer neues Gewölk am politischen Horizont heranzieht, beginnt man in Deutschland endlich die Tätigkeit der Diplomatie genauer zu beobachten als zuvor. Das ist ein Vorteil, den wir wesentlich den Debatten über das Kaiser-Interview zu verdanken haben. Auch da, wo man sonst in den Tag hineinlebt und alles gern den herrschenden Gewalten überläßt, beginnt man sich über die ständige Kriegsgesfahr zu beunruhigen und fragt sich, in wessen Hände denn die Interessen Deutschlands in solchen kritischen Zeiten gelegt sind. Die Sozialdemokratie hat seit Jahrzehnten vergebens versucht, das deutsche Volk aus seiner Gleichgültigkeit gegen die Vorgänge in der auswärtigen Politik aufzurütteln; Karl Marx hat schon 1864 bei der Gründung der Internationale die Völker aufgefordert, die auswärtige Politik nicht den Regierungen und ihren Agenten allein zu überlassen.

Zur rechten Zeit haben wir unlängst eine Liste des auswärtigen Dienstes veröffentlicht, aus der hervorging, daß unter hundert deutschen Diplomaten sich vier bürgerliche befinden. Dazu kommt noch einiger neugebackene Adel; im ganzen befindet sich unsere auswärtige Politik in den Händen des Hochadels, bei dem wiederum der preußische Überwieg. Die diplomatischen Stellen sind wie die Offizierstellen in den Garderegimentern eine Domäne der Junkerschaft.

In Deutschland wußte man wohl, daß der Hochadel in der Diplomatie die Hauptrolle spielt, daß es aber so aussehe, das wußten die guten Deutschen in ihrer Masse denn doch nicht. Auch die liberale bürgerliche Presse war überrascht von der Undeckung des faktischen Zustandes und sie hat wohl oder übel dazu Stellung nehmen müssen. Auch in zahmen Blättern kam zum Ausdruck, daß man das Elend dieses Zustandes denn doch fühlte. Man befand sich darauf, daß in anderen Ländern zwar auch die Aristokratie in der auswärtigen Politik eine große Rolle spielt; eine solche Einseitigkeit wie in Deutschland besteht aber doch nur in wenigen Ländern Europas und in wenigen Ländern steht der Adel der Masse des Volkes so fremd gegenüber wie in Deutschland und speziell in Preußen. Immerhin kann man nicht beobachten, daß sich im deutschen Bürgertum eine wirklich kräftige Strömung gegen das Adelsmonopol in der Diplomatie fühlbar macht. Es tritt allerdings der Wunsch hervor, man möge mehr bürgerliche Elemente zum diplomatischen Dienst zulassen. Dabei vernahmt man sich ängstlich dagegen, dem Hochadel zu nahe treten zu wollen; man betont darum ganz besonders, daß man dieser Klasse keineswegs die Fähigkeit absprechen wolle, geeignete Persönlichkeiten für den auswärtigen Dienst zu liefern.

Man geht hier um den Kern der Frage herum. Zweifellos wird es viele bürgerliche Elemente geben, die von den Wechselbeziehungen der Völker, von Handel und Verkehr und von allem, was damit zusammenhängt, in ihrer geschäftlichen Tätigkeit mehr kennen gelernt haben, als „hochgeborene“ Junker, die bei einem Garderegiment gedient haben oder bei einem feudalen Korps aktiv gewesen sind. Gewiß sollen Kenntnisse und Begabung berücksichtigt werden.

Aber damit wäre noch lange nicht erreicht, was uns in der Hauptsache fehlt. Die diplomatische Geheimniskrämerie muß beseitigt, die Machtsphäre der Diplomatie muß eingeschränkt und es muß unmöglich gemacht werden, daß Botschafter und Legationsräte über Krieg und Frieden entscheiden.

Wir verzichten darauf, hier darzulegen, wie wir uns die Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten in einem wirklich demokratischen Staatswesen denken. Darüber ein anderes Mal. Wir wollen uns darauf beschränken, zu erklären, wie unter den heutigen Umständen auch im

Klassenstaat eine Besserung erreicht werden könnte, wenn sie uns auch nicht genügen würde.

Wir sind nicht in der Lage, einen prozigen Bourgeois im auswärtigen Dienst einem blasierten Junker immer vorzuziehen. Der eine kann unter Umständen so viel Unheil anrichten, wie der andere. Wenn sich ein Junker gegenüber den Franzosen noch auf dem „friederizianischen“ Standpunkt von 1806 zurückgeblieben ist, so kann man auch nichts Besseres England gegenüber von einem Bourgeois erwarten, der Flottenjerei treibt und dem Phantom nachjagt, England seine Suprematie zur See zu entreißen.

Was uns fehlt, ist mehr Einfluß des Volkes auf die auswärtigen Angelegenheiten, die doch seine eigenen sind. Wenn die auswärtigen Angelegenheiten eine Domäne aristokratischer oder bürgerlicher Interessentenkreise sind, so haben die allgemeinen Volksinteressen notwendigerweise den Schaden davon.

Dem Volke einen solchen Einfluß zu sichern, müßte die Volksvertretung das Bindeglied zwischen dem Volke und der auswärtigen Politik bilden.

Die sozialdemokratische Fraktion hat den Versuch gemacht, die Volksvertretung dahin zu treiben, daß sie sich einen entscheidenden Einfluß auf die heutige Politik sichern sollte. Der Moment war sehr günstig. Allein die Mehrheit des Reichstages, die immer gegenüber der auswärtigen Politik sich unselbständig gezeigt hat, verlagte in diesem Falle. Nun ist die Sache auf die lange Bank geschoben. Was das Ende sein wird, kann man sich leicht denken.

Der Bundesrat hat einen Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, der sich nur selten versammelt. Sollte dies nicht für den Reichstag ein Antrieb sein, auch aus seinem Schoße heraus einen Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten zu ernennen? Dieser Ausschuß hätte die Pflicht, die auswärtigen Angelegenheiten auf das genaueste zu überwachen. Wenn es ihm notwendig erdiente, müßte er vom Auswärtigen Amt jederzeit Rechenschaft über dessen und seiner Agenten-Tätigkeit verlangen können. Natürlich nicht nur „verlangen“. Es müßte auch das Auswärtige Amt verpflichtet sein, diese Rechenschaft zu geben. Je nach Lage der Dinge müßte sich der Ausschuß an den Reichstag wenden und entsprechende Anträge stellen. So könnte die Volksvertretung in die auswärtige Politik eingreifen. Dieses Recht kann sich eine Volksvertretung erziehen; in diesen Tagen wäre es leicht gewesen, wenn die bürgerlichen Parteien die erforderliche Energie besessen hätten.

Wenn jetzt irgendwo mit einer auswärtigen Macht eine Differenz entsteht, so kann es immer noch von einigen Diplomaten und deren geringerem oder größerem Geschick abhängen, ob die Affäre friedlich verläuft oder zum Kriege führt.

In diesen Dingen und bei so wichtigen Entscheidungen muß das Volk durch seine Vertretung selber mit sprechen und selber entscheiden können.

Wir wissen recht wohl, daß wir davon noch weit entfernt sind. Umso mehr gilt es, den Gedanken selbst festzuhalten und im Volke zu verbreiten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Steuerfragen der Besitzenden.

In einem Artikel der neuesten Nummer der „Internationalen Wochenchrift“ veröffentlicht der nichts weniger als radikale Göttinger Professor Gustav Cohn einen Artikel zur Reichssteuerreform, in dem er den besitzenden Klassen einen bedenklichen Mangel an Pflichtgefühl vorwirft. So schreibt er:

„Eine konservative Partei, deren Steuerbeale in einer ausgiebigen Entwicklung der Bier-, Tabak- und Wörstenteuern gipfeln, die aber jede andere Last, welche dazu geeignet ist, die Schultern der kräftigeren Schichten zu treffen, und die man ihr nicht san abgerungen hat, sich in endlosen Klagen ergeht, die das ihrige dazu tut, sie durch die Art der Veranlagung herabzudrücken — eine solche Partei paßt nicht in einen Kulturstaat des zwanzigsten Jahrhunderts hinein.“

Wenn Professor Cohn im Anschluß daran dem Agrariertum gegenüber das höhere Pflichtgefühl des mobilen Besitzes in Sachen der Steuerleistung hervorhebt, so mag das ja der Steuerfragen des Agrariertums gegenüber immerhin berechtigt sein; jedoch beweist die Stellung auch der liberalen Parteien gegenüber den Steuerplänen der Regierung, wie wenig das Pflichtgefühl auch in den Kreisen des mobilen Kapitals entwickelt ist! Denn selbst der Freisinn hat nicht den mindesten Versuch gemacht, an die Stelle der den Konsum der breiten

Massen belastenden indirekten Steuern direkte Reichsteuern und Reichsvermögensteuern zu legen. So berechtigt daher auch das Urteil des Professors Sohn über den Mangel an Pflichtgefühl gerade der konservativen Schichten ist, so angebracht wäre die Ausbehnung dieses Urteils auf untere gesamtbesitzende Klasse gewesen!

Die „Zuständigkeit zur Steuerfische“.

Die „Deutsche Tageszeitung“ verwahrt sich dagegen, daß man ihr zumutet, an Stelle der von ihr bekämpften Steuervorschläge neue auszuarbeiten. Sie erklärt: „Dieser Anregung können wir nicht entsprechen. Die Ausarbeitung von Gesetzentwürfen ist nicht Sache der Parteien oder wirtschaftlichen Organisationen, sondern in der Regel ausschließlich Sache der Regierung, des zuständigen Ministeriums oder des in Betracht kommenden Reichsamtes. Was für die Gesetze im allgemeinen gilt, das gilt im besonderen Maße für Steuergesetze. Die Ausarbeitung solcher Gesetze ist ohne die Hilfskräfte und ohne die statistischen Unterlagen, über die allein die Regierungsstellen verfügen, nicht möglich. Aber wenn sie uns auch möglich sein sollte, so würde sie doch keineswegs zweckmäßig erscheinen können. Die Presse hat nur die Pflicht, auf notwendige Änderungen der Gesetzgebung, also hier im besonderen Falle auf neue Steuern, hinzuweisen. Sie wird darauf behacht sein, bei der Ausarbeitung ihrer Vorschläge dem zuständigen Ministerium oder Reichsamte beihilflich zu sein; diese Ausarbeitung selbst ist aber die ausschließliche Sache der in Betracht kommenden Regierungsstellen.“

Das Bündlerorgan treibt da ein heuchlerisches Spiel. Die Frage der Ausarbeitung von Steuergesetzen ist nicht das Entscheidende, wenn feststeht, um was für Steuerarten es sich handelt. Da haben die Konservativen und Agrarier für sich immer das Privileg genommen, auf die Regierung dahin einzuwirken, daß sie nur solche Steuervorschläge macht, nur solche Steuergesetze ausarbeitet, die den agrarischen Wünschen entsprechen. Ist genug schon haben diese Herren gemeinschaftlich mit dem Zentrum der Regierung sogar die Direktive für die Ausarbeitung von Gesetzen im einzelnen gegeben. Auf diese Weise ist die neue Zollgesetzgebung zustande gekommen. Und die konservativen und agrarischen Organe haben niemals Bedenken getragen, Bestimmungen, die sie in ein Gesetz bringen wollen, ausgearbeitet der Regierung vorzulegen.

Personenwechsel im Auswärtigen Amt.

Zum Nachfolger des Geheimrats Klehmet, der aus seinem Amte scheiden mußte, weil er so unvorsichtig war, das bekannte Kaiser-Interview zu lesen, ist der Botschaftsrat Wilhelm von Stamm ausersehen. Herr von Stamm ist ein Neffe des früheren Führers der rechtskonservativen Partei, des „Königs Stamm“. Aus dem Umstand darf wohl geschlossen werden, daß man es mit einem streng konservativen Manne zu tun hat.

Liberaler Bescheidenheit.

Von konservativer Seite ist erklärt worden, daß bei der Neubewertung der Leitung des Kultusministeriums den Liberalen ein heines Fall Konzeptionen gemacht werden würden. Die nationalliberale „Magdeburger Zig.“ erklärt nun, daß die Liberalen das Kultusministerium garnicht für sich haben wollten. Man habe lediglich gemeint, die jetzige politische Situation sei nicht für reaktionäre Experimente geeignet. Ein solches Experiment würde man aber in der Beratung des Herrn Schwarzkopf erblicken. Der Liberalismus ist völlig erledigt, wenn ein Mann an die Spitze des Kultusministeriums gestellt wird, dem nicht gerade direkt ein Parteistempel angegedrückt ist.

Ein politisch toter Mann.

Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Held, der in dem kurz vor Weihnachten beendeten Prozeß in Hannover so schlecht abgeschnitten hat, hat die Absicht, sich aus dem öffentlichen politischen Leben zurückzuziehen. In seiner Verteidigungsrede vor Gericht erklärte er bereits, daß er seine Laufbahn im öffentlichen Leben nunmehr für abgeschlossen halte. Der formelle Rücktritt von seinen öffentlichen Ämtern soll jetzt bevorstehen. Held spielte in der nationalliberalen Fraktion eine ziemlich kleine Rolle. Er war insbesondere stark beteiligt an dem Zustandekommen der letzten Steuerergänzung und er gilt als Vater der Zigarettenbanderolesteuer. — Held hätte sich schon lange aus dem politischen Leben zurückziehen müssen.

Das Schmerzkind Südwesafrika.

In einem längeren Artikel weist die „Deutsche Tageszeitung“ darauf hin, daß sie lebhaft Sorge empfunden habe, als Staatssekretär Dernburg im Reichstage erklärte, es könnten bei geeigneter Betriebe täglich 5000 Karat Diamanten gewonnen werden. Das Blatt weist dann darauf hin, daß die großen Landgebietsgebiete lediglich Spekulations-Terrain gebrauchen können, das sie dann zu hohen Preisen loschlagen. Nach einem Hinweis auf die Hungersnot im Oamboland sagt der Artikel:

„Das der Diamanten bei Lüderichbuch und selbst wenn noch reichere Erzfunde gemacht werden sollten, bleibt Südwesafrika unter Schmerz-Kind, das uns immer wieder Sorgen bereiten wird. Jetzt drohen neue Unruhen im Süden, Hungersnot im Norden; und diese überwinden, dann wird es vielleicht an Arbeitskräften fehlen, werden Devisenreden kommen, Zurechtwände der europäischen Anleiher; zur Ruhe werden wir sobald nicht kommen.“

Was aber die Agrarier nicht hindern wird, dem Reichstage die Ausgaben für die Kolonien in der gesordeten Höhe zu bewilligen.

Sparbarkeit im Militärstat?

Soll es wirklich dazu kommen? Nach der „Mil. Pol. Kor.“ deuten alle neueren Erlasse und Verfügungen des Kriegsministeriums und der Generalkommandos darauf hin, daß die ungünstige Finanzlage des Reiches zur äußersten Sparbarkeit zwingt. Das läßt nicht unberührt notwendige Ausgaben soll, wie frühere einschlägige Neuanschaffungen befragen. Abstand genommen werden, und selbst das aktuelle Interesse der Schiffe soll nur in den Grenzen des dringendsten Bedarfses berücksichtigt werden. Ausgaben, die nur Ver-

besserungen bestehender Zustände und nicht unabwiesbare Änderungen bezwecken, sollen vermieden werden. Mit den für bestimmte Zwecke bewilligten Mitteln sollen nur diese Zwecke erreicht, nicht aber die betreffenden Fonds unter allen Umständen aufgebraucht werden, wie das früher wohl geschah. Bei allen militärischen Bauten, bei der Anlage der Truppenübungsplätze und besonders bei der Einrichtung der Lager auf diesen Plätzen wird auf einfachste Ausstattung und Einrichtung gesehen werden. Aller Luxus soll vermieden werden; „selbstmächtig“ und „altpreussisch einfach“ wird die Zukunftslosung sein. Ferner werden alle Versuche auf äußerste beschränkt, bei den Dienststellen, namentlich höherer Offiziere und Militärbeamten, sollen alle nur möglichen Ersparnisse gemacht werden.

Warten wir ab, wie diese Sparbarkeit in der Praxis sich machen wird.

In der „Breslauer Morgenztg.“ weist Oberleutnant v. Wartenberg darauf hin, daß das Lehrinfanteriebataillon in Potsdam ein ebenso kostspieliger wie schädlicher Luxus sei.

Unter Friedrich Wilhelm III. war es gebildet worden, weil durch die zu ihm kommandierten Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften aller Linientruppen der preussischen Infanterie, die in der Mehrzahl nach Ablauf des Kommandos zu ihren Regimentern zurückzukehren hatten, die Einheitlichkeit der Exerzierausbildung gefördert werden sollte. Schon längst liegt ein derartiges Bedürfnis nicht mehr vor. Denn die Reglements und zahllose Besichtigungen der Infanterietruppen durch höhere und höchste Vorgesetzte stellen diese Einheitlichkeit vollkommen sicher. Darüber herrscht im deutschen Offizierkorps nur eine Stimme und man konnte es hier auch nicht begreifen, daß vor etwa 14 Jahren der preussische Kriegsminister v. Bronart II, anstatt die Aufhebung des Lehrbataillons zu veranlassen, den Mut zu dem Nachweise fand, es müsse nicht nur weiter bestehen bleiben, sondern sogar das ganze Jahr hindurch auf der vollen Kopfstärke erhalten werden. Vorsichtig verhielt er, daß nach Einführung der zweijährigen Dienstzeit das Lehrinfanteriebataillon schon deshalb zwecklos ist, weil seine Mannschaften nur im Mobilmachungsalte zu ihrem Truppenteil zurückkehren und daher auch keine Gelegenheit finden, hier zu zeigen, was sie in Potsdam gelernt haben. Kostspielig ist der Luxus des Bataillons aber infolge der Zulagen, die an die zu ihm Kommandierten zu zahlen, und infolge der Reisegebühren, die beim Antritt des Kommandos und bei seinem Ende fällig sind. Und schädlich ist der Luxus, weil er für die Truppenteile, die das Personal an das Bataillon abzugeben haben, eine unerträglich Quelle dienstlicher Schereerei, endloser Schreiberei, überhaupt dienstlichen Argers ist.“

Der ehemalige Oberst Gädke macht im „Berliner Tageblatt“ darauf aufmerksam, daß dieser überflüssige Lehrtruppenteil in den Quinquennalsgelegen nicht vorgehen ist und einfach im Wege einiger Etatsabstriche durch den Reichstag beseitigt werden kann.

Dänemark.

Der Minister als Großhändler mit Titeln. Wie verschiedenen Blättern aus Kopenhagen geschrieben wird, stellt sich im Laufe der Voruntersuchung gegen den früheren Minister Alberti immer mehr heraus, daß er während seiner Wirksamkeit als Justizminister sein hohes Amt auch zu einem geradezu skandalösen Handel mit Justizrats- und anderen schönen Titeln mißbraucht hat. Es wurden, während Alberti Justizminister war, auf seine Anregung hin mehr als doppelt so viele Persönlichkeiten „präbiziert“ oder mit einem Orden beglückt als früher auf die Empfehlung irgend eines anderen dänischen Justizministers hin. Alberti hat mit dem größten Erfolg die Eitelkeit seiner lieben Landsleute als Spekulationsobjekt benützt und hierbei ist er wie folgt zu Werke gegangen. Sehr viele der während der Amtszeit Albertis gewährten Auszeichnungen wurden den „Reservanten“ für den Fall in Aussicht gestellt, daß diese dem Herrn Justizminister einen namhaften Geldbetrag zu einem „philanthropischen Zweck“ anvertrauen; als solchen „philanthropischen Zweck“ empfahl Alberti fast stets die „Hilfe für entlassene Strafgefangene“, wofür sich der Herr Minister ganz besonders zu interessieren schien. Es wurden von denselben, die durch die Hilfe Albertis einen Justizrats- oder ein Ritterkreuz des Danebrosordens zu erlangen hofften, im Laufe der Jahre namhafte Summen geopfert, die der sich für das Wohl der Gefangenen so warm interessierende Justizminister an den genannten „Hilfsverein“ weitergehen zu lassen versprach. „Damit aber die Sache nicht zu sehr auffalle“, holte Alberti immer das Einverständnis der Gebenden ein, die Summen in Rate n dem beabsichtigten Zwecke zuzuführen zu lassen! So konnte man dann und wann in den Zeitungen lesen, daß von einem „arbeitslosen Wohltäter“ 1000 Kronen dem Hilfsverein für entlassene Strafgefangene gestiftet seien, und der betreffende Geber, der inzwischen zum „Justizrat“ oder zum „Danebrosritzer“ avanciert war, sah, daß seine „erste Rate“ an den richtigen Ort gekommen war. Da sein Zweck erreicht war, kümmerte sich der Geber nicht mehr um die weiteren Raten; diese wanderten aber anstatt in die Kasse des „Hilfsvereins“ nach England, um für Goldminenpekulation des Ministers verwendet zu werden. Wenn die ganzen Summen, die während der ministeriellen Tätigkeit Albertis dem „Verein für Hilfe entlassener Strafgefangener“ zugedacht waren, diesem auch wirklich zugeflossen wären, würde der Verein in eine so günstige pekuniäre Lage gekommen sein, daß es sich für viele beinahe gelohnt haben würde, „entlassener Strafgefangener“ zu sein.

Osterreich-Ungarn.

Scharmügel an der österreichisch-serbischen Grenze. Aus Serajewo wird gemeldet: Am 23. ds. Mts. nachmittags 1 Uhr fiel vom serbischen Drina-Ufer auf eine gegenüber am bosnischen Ufer marschierende Gendarmen-Patrouille ein Schuß, wodurch Wachtmeister Vesnagac leicht verwundet wurde. Das Feuer wurde sofort erwidert; zwei Serben wurden ange-

lich getötet und am folgenden Tag fortgeschickt. — Im österreichischen Kriegsministerium sind Nachrichten eingelaufen, die den serbischen Angriff am Drina-Ufer bestätigen, nur seien die Angreifer und Erschossenen bauerliche Freischärler und keine Soldaten gewesen. Der Affäre wird von maßgebender Seite kein großes Gewicht beigegeben; sie beweise nur, daß die Truppen auf beiden Seiten einander zu nahe stehen. Die Folge wird sein, daß Osterreich und Serbien die Grenztruppen um ein wenig von der Grenze zurückziehen werden.

Frankreich.

Die Polizei und der Führer der Gelben. Auf Grund einer Verfügung des Untersuchungsrichters Solld, der die Angelegenheit des Kellners Mattis behandelt, begab sich gestern der Chef der Sicherheitspolizei, Hamard, in die Bureaus des Blattes „Le Saune“, um dort eine Hausdurchsuchung vorzunehmen. Da er dort niemand antraf, legte er Siegel an. Später traf der Direktor des Blattes, der Deputierte Vietry, in den Räumen ein und entfernte die Siegel wieder.

Die Polizei legte die von dem Deputierten Vietry entfernten Siegel an den Räumen des Blattes „Le Saune“ wieder an. Vietry erklärte, er werde sie morgen abermals entfernen, um in sein Bureau gelangen zu können.

Der Deputierte Vietry, der Obmann des sogenannten gelben Arbeiterindikats, erklärte mehreren Berichterstattern, er habe die vom Untersuchungsrichter Solld an seinen Bureaufürer angelegten Siegel erbrochen, um gegen diese vom Untersuchungsrichter begangene offenkundige Gesetzesverletzung zu protestieren. Da die Kammer gegenwärtig in den Ferien weilt, genestet Vietry keine Immunität und könnte vom Zuchtpolizeigericht nach Artikel 252 des Strafgesetzbuches zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten bis zwei Jahren verurteilt werden.

Persien.

Nach berühmten Mustern. Der Schah beantwortete die letzte englisch-russische Note. Er erklärte, er habe nie daran gedacht, sein Versprechen nicht einzulösen, könne aber vom Volke nichts erzwingen lassen. Sobald Ruhe eingetreten sein wird, wird er die Eröffnung des Parlaments befehlen. — Der Schah hat seinen europäischen Betsern gelehrt abgequackt, wie man Volksforderungen ablehnt. Ist das Volk unruhig, so darf man ihm nichts bewilligen wegen der bedrohten Autorität, ist es ruhig, so ist das der Beweis, daß es gar keine Änderung will.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 29. Dezember.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über die Akkordanten (Zwischenmeister) Mädel, Hackenburger Allee Nr. 51, Pabs, Werberstraße die Sperre verhängt. In Betracht kommen folgende Bauten der Firma Görner u. Heidenreich: Künhaußen Nr. 21-22, Grünmühle in der Hafentstraße, Seelbau Markt, Rattenhof bei Schwartau.

Achtung Zimmerer! Aber das Geschäft des Zimmermeisters Naumann in Eckhorst ist seitens der Rahltecke Stöckelhof der Zimmerer die Sperre verhängt.

Achtung Bauarbeiter! Über die Seelbauarbeiten in der Marktstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichterhaltung der tauglich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Akkordanten Mädel und Pabs im Künhaußen und über den Bau Hafentstraße (Grünmühle) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

Sein Mandat zur Bürgererschaft niedergelegt hat der Genosse Rud. Wisfoll, weil er seinen Wohnsitz von Lübeck nach Berlin verlegt hat. Unsere Bürgerchaftsfraktion besteht nunmehr nur noch aus sieben Mitgliedern. Genosse Wisfoll hat dem Lübecker Vierklassenparlament drei Jahre lang angehört und im Vereine mit seinen Fraktionskollegen die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung mit unermüdlichem Fleiß, großem Geschick und zäher Energie vertreten; die Lübecker Arbeiterschaft und besonders die Sozialdemokratie sieht den hochverdienten Genossen sehr ungenau aus ihrer Mitte scheiden.

„Großherzogliche Industrielle“. Die geplante Ausperrung in Mannheim, Ludwigshafen, Lagersheim und Frankenthal, durch die viele Tausende von Arbeiter brotlos gemacht werden sollten, gibt den „Lübecker Anzeigen“ wieder einmal Veranlassung zu den tollsten Hochprüngen. Bekanntlich sollte die Ausperrung vorgenommen werden, weil die Arbeiter der Streikbeweise in Mannheim eine beabsichtigte Kürzung der Akkordlöhne mit einem Streik beantworteten. Nunmehr in dieser Streik entgegen dem Willen der beteiligten Arbeiter von der Leitung des Metallarbeiterverbandes, wie wir bereits mitgeteilt haben, beendet, um die Ausperrung von 15000 Arbeitern zu verhindern. Diese Lärmsache benutzt unter Amtsblatt, um den „großherzoglichen Unternehmern“, die in der Zeit der Krise und angesichts der reinen Lebensbedingungen der Arbeiter nicht nur die Grenzbedingungen verkommen, sondern sie brotlos machen wollten, ein Loblied zu singen und die Sozialdemokratie grundlos zu verdächtigen. In einem Artikel der „Lübecker Anzeigen“ über die Ausperrung heißt es:

„Der Verband der Metallindustriellen in diesen badisch-pfälzischen Orten hat am heiligen Abend noch den Ausperrungsbescheid endgültig zurückgezogen. Der Beschluß wurde den beteiligten Firmen telephonisch mitgeteilt. Die Kundigungen wurden daraufhin vor Ablauf des Beschlusses ebenfalls zurückgezogen. Ein solches Verhalten nach dem Gesetz hätte den Familien der von der Ausperrung betroffenen Arbeiter nicht gemacht werden können.“

Das sieht so aus, als ob die Metallindustriellen aus purer Nächstenliebe gehandelt hätten, um den von ihnen selbst mit der Ausperrung bedrohten Arbeiterfamilien ein „schönes Weihnachtsfest“ zu machen. In Wirklichkeit handelten die Unternehmer aber nur in ihrem ureigenen persönlichen Interesse, als sie den Ausperrungsbescheid zurückzogen, denn durch die Ausperrung würde ihnen der von den Arbeitern geschaffene Mehrwert für eine ganze Zeit entgangen sein, und das werden sie wohl bedacht haben. Deshalb ist es einfach lächerlich und absurd, wenn das Amtsblatt im weiteren Verlauf des Artikels schreibt, der Streikverfall sei in einer Linie dem großherzoglichen Verhalten der Industriellen zu danken. Die Industriellen waren es, welche die Akkordlöhne kürzten, die die Arbeiter zum „Feind der Liebe“ brutal aushungern

Großer Räumungs-Ausverkauf

Wegen vorgerückter Saison, sowie bevorstehender Geschäftsverlegung beabsichtigen wir unsere grossen Läger in

Herren- und Knaben-Konfektion

möglichst gänzlich zu räumen.

Die Preisermässigung ist gewaltig.

Ca. 600 Herren-Anzüge || Ca. 250 Winter-Paletots || Ca. 150 Boden-Joppen
jetzt 9⁰⁰ 12⁵⁰ 18²⁵ 24⁰⁰ usw. || jetzt 8⁷⁵ 12⁰⁰ 15²⁵ 18⁰⁰ usw. || jetzt 3⁵⁰ 4⁰⁰ 6⁷⁵ 9²⁵ usw.

Ein grosser Posten ca. 500 Knaben-Anzüge von 2.85 an.

Putzbach & Reimers

Königstrasse 73, Ecke Huxstrasse.

Rum,
süß u. effizient.
Verschnitte
80 Pfa. ab bis zum feinst. Jamaica-Rum,
Kognak, Bittern, Liköre, Dopp.-Kümmel,
sowie
französische Mosel- und Rheinweine
in schöner Auswahl empfiehlt
J. M. Lafrentz, Brokesstr. 29.

Empfehle zum Feste
sämtl. Weine
sowie
Spirituosen,
ff. Rum, Kognak, Arrak
usw. usw.
Louis Klein,
Süßstraße 94.



Rum und Arrak.
Orng und Tee.

Die erhalten Suber-Geschäftsmarken.

In Gebinden, Flaschen u. im Kleinverkauf.
Ludw. Hartwig, Untertrave 8.

Fahrrad- u. Nähmasch.-
Reparatur-Werkstatt.
Alle Fabrikate werden fachgemäß und billig
ausgeführt unter prompter Bedienung.
Emailieren, Vernickeln billig und gut.
Carl Heynert, Lübeck
Moldinger Allee 6a. Fernspr. 1272.

Erfinder
werden sich am zweckmäßigsten an bedeutende
Patentbüros, deren Ruf und Leistungsbiligkeit
bekannt und über deren Vertrauenswürdigkeit
Auskunfts-Büros gern Auskunft erteilen.
J. Bett & Co.,
Büros für Patentverwertung u. Erfindung.
Berlin SW. 48. Q.

Menjahrs-Postkarten von 1 bis 10 Pfg. per Stück.
Zum billigen Laden, 1 Pfaffenstraße 1 (2. Haus von der Breitestraße).

Der Unterricht **Lehranstalten** ist bis
wissenschaftlich. **ins**
kleinste nachgeahmt in den **Selbstunterrichts-**
werken Methode Rustin: Der wissenschaftlich
gebildete Mann, Der gebildete Kaufmann, Der Bank-
beamte, Das Gymnasium, Das Realgymnasium, Die
Oberrealschule, Das Abiturientenexamen, Die höh.
Mädchenschule, Die Handelsschule, Die Mittel-
schullehrerprüfung, Der Einjährig-Freiwillige, Der
Präparand, Der Militäranwärter. Glänzende Erfolge.
Besondere Prospekte über jedes Werk und Anerkennungs-
schreiben gratis und franko. Ansichtssendungen bereit-
willigst. Bezug gegen kleine monatliche Teilzahlungen

Bonness & Haschfeld, Verlan, Potsdam.

Der
Neue Welt-Kalender
für das Jahr 1909

Preis: 40 Pfg.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
sowie deren Kolporteurs.

Breitestr. 51. **Hansa-Automat.** Fernspr. 719.
Donnerstag, den 31. Dezember: **Grosses Silvester-Konzert**
Anfang 6 Uhr. Leitung: Kapellmeister Jacob. Anfang 8 Uhr.
Von abends 8 Uhr an: Eintritt 50 Pfg. Vorverkauf 30 Pfg.
Reservierte Plätze werden auf Bestellung im Kontor sowie telephonisch entgegengenommen.

Feinste Hofbutter Pfd. 1.25 Mk.
frisch wieder eingetroffen.
Wilhelm Süfke, Warendorfer-
straße 25.
Täglich:

Kopf und Bein,
ges. Schwanz u. Pfoten
Pfund 25 Pfg.
Friedr. Paetau,
Schlachtere u. Würstfabrik,
27 Mühlenstrasse 27.
Prima lebende Brachsen
und holsteiner Karpfen.
C. Heese, Meierstr. 26-26a.

Hasenfelle
Kanin, Füchse, Iltis, Marder etc. taugt
zu höchsten Tagespreisen.
J. L. Würzburg, Wahnstr. 22a.

E. BOY, Königstr. 61,
bei der Fleischhauerstr.
Telephon 115. Marktallenstand 46.
Lebende holst. Brachsen Pfd. 60 Pfg., leb.
holst. Karpfen und Schleie. — Silvester ist
die Markthalle den ganzen Tag geöffnet.

E. Boy, König-
str. 61.
Marktallenst. 46.
Fernsprecher 115.
Mittwoch frisch eintreffend: Rotzungen Pfd.
50 Pfg., Schellfische Pfd. 80 Pfg., Steinbutt
Pfd. 70 Pfg., Schollen Pfd. 40 Pfg., See-
lachz Pfd. 20 Pfg., Rabliau Pfd. 25 Pfg.,
Hamburger Stint Pfd. 10-20 Pfg.,
Kleier Pfahlmuscheln.

Atelier für Zahntechnik
und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitestr. 24

ff. Rum,
Urrat, Kognak, diverse Bunsch-
Extrakte, Liköre, Eier-Kognak,
Fruchtlimonaden, sowie sämtliche
Spirituosen in bester Qualität
zu billigsten Preisen
empfiehlt die
Destillation, Likör- u. Mineralwasserfabr.
von

Martin Meyer
Generalvertrieb v. Bilzalkoholfr. Getränken
Schüttelbuden 8.
Fernsprecher 1054.

Verein der Musikfreunde.
Mittwoch, den 30. Dezember,
abends 8 Uhr.
in der „Stadthalle“:
13. Volkstüml. Konzert

(Orchester 52 Musiker.)
Leitung: Kapellmeister Hermann Abendroth.
Solist: Herr Konzertmeister Schwabe (Violine).
Zur Ausführung kommen u. a.:
Ouverture zu Egmont L. v. Beethoven.
Siegfried-Idyll und Vorspiel zu Die Meistersinger von Nürnberg von R. Wagner.
Ballsirenen-Walzer von F. Lehár.
Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

Hansa-Theater
Nur noch 3 Tage.
6 Colbergs 6
Stuart
Max Steidl
und das große Weihnachts-Programm.
Vorverkauf bei Sauer bis 5 Uhr.

Neues Stadttheater.
Mittwoch, nachm. 3 Uhr: Außer Abonn.
Nachmittags-Preise!
Prinzess Tausendhändchen.
Weihnachtsmärchen.
Mittwoch, 7 1/2 Uhr: Kleine Preise.
Voll-Abonnement 88. Mittwoch-Abonn. 10.
Der Hüttenbesitzer.
Donnerstag, nachm. 3 Uhr: Außer Abonn.
Nachmittags-Preise!
Prinzess Tausendhändchen.
Donnerstag, 7 Uhr: Kleine Preise.
Voll-Abonnement 88. Donnerstag-Abonn. 11.
Die gelbe Gefahr. Schwank von Straß-

Tabaksteuer und „Wissenschaft“.

Man muß es dem Reichschatzsekretär, Dr. Sydow, lassen — er ist ein Meister der Inszenierungskunst. Kaum waren seine Reichsfinanzreformpläne veröffentlicht worden, da zeigte sich, daß Dr. Sydow sich rechtzeitig angefehener Bundesgenossen verächtlich hatte. Schon am 6. November traten in der Versammlung der „nationalen Vereine“ in der Philharmonie in Berlin die Professoren Dr. D. Kohl, Professor Dr. Adolf Wagner und Professor Lamprecht für die Finanzreform des Herrn Schatzsekretärs ein; eine große „nationale“ Bewegung sollte durch diese Versammlung eingeleitet werden. „Streng vertraulich“ wurde dann eine „Vereinigung zur Förderung der Reichsfinanzreform“ gebildet; das Komitee dieser Vereinigung wurde aus der angesehensten Gesellschaft zusammengesetzt: Wirkliche Geheimen Ober- und Unterregierungsräte, Professoren und Doktoren, Staatsminister a. D., Generalmajore und Generalleutnants, und sogar ein Erbprinz war dabei.

Von der Wirksamkeit dieses Geheimbundes hat man bisher wenig verspürt, die „große nationale“ Bewegung unter Führung dieser hohen Herren ist kläglich im Sande verlaufen. Aber die „Wissenschaft“ ist Herrn Dr. Sydow treu erblieben. Hochgelehrte Männer mühen sich noch heute im Schwelke ihres Angelehens, uns „wissenschaftlich“ die Notwendigkeit und die Gefährlichkeit neuer indirekter Steuern zu beweisen. Nur polstert unsere Reichsprofessoren dabei in der Regel das Maß, daß sie beweisen, was Dr. Sydow gar nicht beweisen haben will, ja, was sogar mit seinen Begründungen zu den einzelnen Steuervorlagen in striktem Widerspruch steht.

„Geld ist genug vorhanden im Reiche“, rief Professor Wagner in der Philharmonie-Versammlung, „nur nicht da, wo es gebraucht wird.“

„Sehr richtig“, antwortete ihm das Echo aus den breiten Massen. „uns fehlt es — deshalb laß doch diejenigen die Steuern bezahlen, die im Besitze des Geldes sind.“

In einer langen Abhandlung über „Volksvermögen, Volkseinkommen und Volksvermehrung“ bewies dann Arnold Steinmann-Bucher, daß in Deutschland Vermögen im Betrage von mindestens 320 Milliarden Mark vorhanden seien, daß diese Vermögen jährlich um mindestens 14 Milliarden zunehmen. Aber wo steckt denn das viele Geld? Steinmann gibt in einer Tabelle an, daß allein in beweglichen und unbeweglichen Gütern 180 Milliarden stecken, auf den städtischen Grundbesitz rechnet er 40, auf den ländlichen 50 Milliarden, in inländischen und ausländischen Wertpapieren sind 40 Milliarden angelegt. Sonderbar, wie das Kanzlerorgan, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, die mit schicklichem Wohlbehagen von dieser Publikation Kenntnis nahm, mit diesen Zahlen glaubte, eine abermalige Belastung des Massenkonsums beizubringen zu können. Wenn die Kapitalisten Deutschlands so ungeheuer viel Geld besitzen, dann müßte es doch ein Kleines sein, bei deren so oft betonten „Patriotismus“ sie zu bewegen, durch eine direkte Reichseinkommensteuer das Reich aus seinen Finanznöten zu befreien. Aber um Himmels willen nicht direkt, sondern indirekte Steuern sollen wieder bringen, und so müssen denn diese mieder einmal „wissenschaftlich begründet“ werden. Die „Norddeutsche“ druckt am 19. Dezbr. einen im „Tag“ von Syndikus Dr. Emil Wolf, Frankfurt a. M., veröffentlichten Artikel ab. Dr. Wolf lobt die Sydow'sche Finanzreform, weil in derselben die indirekten Steuern so hoch angelegt seien, daß sie im Verhältnis zum Ausdruik kommen und daß die höhere

Qualität mehr getroffen werde, als die geringere. Den letzten Grundsatz stellt er namentlich bei der Zigaretten- und Zigarrensteuer glücklich durchgeführt. „Ein Qualitäts-raucher“, sagt er, „ist gewohnt, nicht so sehr auf den Preis zu sehen, wenn er nur die gewohnte und gewünschte Qualität erhält. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man als Raucher zugesteht, daß bei den teuren Sorten ein Ausschlag von ein und zwei Pfennig keineswegs zu einer Einschränkung des Konsums führt, und jeder erfahrene Zigarettenhändler, der seine Kundschaft kennt, kann die Brücke zur Abwägung der Steuer bilden. Wer in Oesterreich gereist ist, weiß die Qualität und den niedrigen Preis der deutschen Zigaretten zu schätzen.“ Was die letzte Bemerkung des Herrn Dr. Wolf anbetrifft, so hat er damit unzweifelhaft recht. Die österreichischen Monopol-Zigaretten sind geringwertiger als die deutschen, geradezu ungenießbar aber sind die französischen Monopol-Zigaretten. Ein Argument für eine höhere Belastung des Tabaks aber ist doch das wahrlich nicht, wenn man dem Raucher wahrheitsgemäß berichtet, daß er bei Annahme einer höheren Steuer mit geringeren Qualitäten vorliebnehmen muß.

Was die Qualitätsraucher, die nach Dr. Wolf gern 1 bis 2 Pfg. mehr zahlen, anbetrifft, so vergißt er, daß selbst, wenn dies der Fall wäre, diese paar Pfennige nicht zu Buch schlagen. Ein Blick in die Regierungsvorlage würde ihn darüber belehren, daß das Quantum an Zigaretten von 10 Pfg. und darüber nur 3 1/2 Prozent vom Gesamtumsatz beträgt. 89 Prozent des Abjages aber sind 4 bis 5 und 6 Pfennigzigaretten; für den Massenkonsum räumt Dr. Wolf anfangs seines Artikels denn auch ein, daß derselbe „zweifellos durch die Steuer zunächst einen nicht unerheblichen Rückgang erfahren wird“, was bekanntlich von der Regierung bisher bestritten wurde.

Wenn schon durch Wiedergabe dieses Artikels das Kanzlerorgan sich mit seinen eigenen Argumenten in Widerspruch setzt, so aber noch mehr mit der äußerst lobenden Anerkennung des Buches: „Die Reichsfinanzreform, ein national-ökonomisches Problem.“ Dr. Friedrich Bendigen, Direktor der Hypothekbank in Hamburg. Dr. Bendigen ist ein sonderbarer Heiliger unter den Nationalökonomern; eine Konsumeinschränkung ist für ihn eine „nationale Ersparnis“, das glücklichste Volk wäre also dasjenige, welches am wenigsten Bedürfnisse hat. Aber Herr Dr. Bendigen — wo wäre Hamburgs Handel und Wandel, wenn das deutsche Volk nach Ihnen, eines Hamburger Bankdirektors (!) Theorien bisher gelebt hätte?! Jedoch eine Wahrheit bringt uns der Theoretiker Dr. Bendigen, und diese ist so wertvoll, daß ihm deswegen seine sonstigen krausen Schlussfolgerungen sämtlich verziehen sein sollen. Er sagt: „Bringen wir nach französischem Vorbild von dem fünf Milliarden betragenden Konsum an Alkohol und Tabak einen Steuerertrag von 900 Millionen auf, (Dr. Bendigen scheint sich nicht mit Kleinigkeiten abzugeben) so bedeutet das, nationalwirtschaftlich gesehen, eine Konsum-Einschränkung um diesen Betrag, also eine nationale Ersparnis von 900 Millionen, die für Reichszwecke zur Verfügung bleiben. Erheben wir keine oder nur eine geringfügige Steuer, so wächst der Konsum um den Betrag der Steuernachlass.“ „Wie uns scheint“, sagt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, „hat der Verfasser in verdienstlicher Weise Gedanken wieder hervorgehoben, die allzu lange in den Hintergrund getreten waren.“

Dem stimmen wir insofern bei, als auch wir mit Herrn Dr. Bendigen der Meinung sind, daß jede Steuererhöhung Konsumrückgang bedeutet. Wir freuen uns,

daß jetzt endlich auch das Kanzlerorgan zu dieser Einsicht gekommen ist. Nehmen wir also z. B. den Tabak.

Die Regierung will ihn mit 77 Millionen Mark mehr belasten; dazu kommen 10 Proz. Ankosten des Fabrikanten, 25 Proz. Ausschlag für den Zwischenhändler — mithin im ganzen eine Mehrbelastung des Konsums um mindestens 106 Millionen Mark.

Um diesen Betrag wird also, nach Dr. Bendigen und nach der „Nordd. Allgem. Ztg.“, die diesen Gedanken ja als durchaus richtig anerkennt, der Konsum zurückgehen. Wir haben also jetzt endlich durch das Kanzlerorgan einen ganz bestimmten Maßstab für den Rückgang des Konsums.

Rechnen wir weiter: das Mittel Zigaretten im Durchschnitt mit 40 Mk. berechnet, ergibt einen Mindestkonsum von 2 1/2 Millionen Mill. Auf einen Arbeiter in einer Zigarettenfabrik entfallen von der Gesamtanzahl im Jahre ca. 60 Mille Zigaretten; 2 1/2 Millionen, dividiert durch 60 gleich 40 000. Resultat: mindestens 40 000 Arbeiter werden brotlos.

Eine solche Behauptung über die Wirkung der Steuer hat anfänglich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ als „Demagogie“ bezeichnet — heute anerkennt sie selbst diese Argumentation als sehr „verdientlich“. Welche Wandlung! Wir wollen nicht hoffen, daß etwa die Nordd. Allgem. Ztg. es nur gar als „verdientlich“ bezeichnen wird, daß 40 000 Existenzen vernichtet werden, wie dies der Geh. Hofrat Dr. phil. Stieba, Professor an der Universität in Leipzig, tut. Dieser Mann der „Wissenschaft“ hielt jüngst im kaufmännischen Verein in Leipzig einen Vortrag und äußerte sich in demselben wie folgt:

„In Frankreich bestehen nur 21 Fabriken mit 18 000, nach anderen Angaben mit 25 000 Arbeitern. In der Beschäftigung so zahlreicher Arbeiter in der deutschen Tabakindustrie erklärte der Redner eine volkswirtschaftliche Verschwendung. Wenn es möglich sei, in Frankreich den Bedarf von 39 Millionen Menschen mit 18 000 Arbeitern zu decken, dann seien in Deutschland mindestens 140 000 oder 150 000 Arbeiter zu viel in dieser Industrie beschäftigt, die im Interesse der nationalen Produktion viel besser in anderen Zweigen beschäftigt würden.“

Also her mit dem Monopol, her mit den unbrennbaren, scheußlich schmeckenden und riechenden Monopolzigaretten. Da uns diese aber nicht munden werden, rauchen wir Papierzigaretten, Kippenabak und Kanaker. In deren Herstellung ist menschliche Arbeitskraft nur in geringem Maße erforderlich, da die großen Maschinen dieselbe überflüssig machen. Deutschland aber treibt keine volkswirtschaftliche Verschwendung mehr, es hat 150 000 Arbeiter „erspart“, und zwar zur höheren Ehre unserer deutschen Regierung = Professoren = Wissenschaft! —

Die Sozialdemokratie im finnländischen Landtage.

Man schreibt aus Helsinki: In der letzten Session des finnländischen Landtages, die am 31. Oktober zu Ende ging, hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion außerordentlich wirksam gearbeitet. Entgegen den blügerlichen Verleumdungen hat sie nicht nur selbst energisch gearbeitet, sie hat auch die bürger-

*) Die nachstehenden Ausführungen unseres finnländischen Mitarbeiters decken sich im wesentlichen mit der Auffassung des Zentralorgans unserer finnländischen Bruderpartei „Työmies“.

Die Verlobung in St. Domingo.

Erzählung von Heinrich von Kleist.

(4. Fortsetzung.) Hier erzählte die Alte, indem sie sich auf gemächliche Weise auf den Sessel niederließ, wie man die ganze Nacht über auf den General Horriant absehenden Bergen die Feuer des General Desfalines schimmern gesehen; ein Umstand, der in der Tat gegründet war, obgleich sich bis diesen Augenblick noch kein einziger Regter von seinem Heer, das südwestlich gegen Port au Prince anrückte, in dieser Gegend gezeigt hatte. Es gelang ihr, den Fremden dadurch in einen Wirbel von Unruhe zu stürzen, den sie jedoch nachher wieder durch die Versicherung, daß sie alles mögliche, selbst in dem schlimmsten Fall, daß sie Einquartierung bekäme, zu seiner Rettung beitragen würde, zu stillen wußte. Sie nahm auf die wiederholte inländische Erinnerung desselben, unter diesen Umständen seiner Familie wenigstens mit Lebensmitteln beizuspringen, der Tochter den Korb aus der Hand, und indem sie ihn dem Knaben gab, sagte sie ihm, er solle an den Mönchenweiber in die nahegelegenen Waldberge hinausgehen und ihn der daselbst befindlichen Familie des fremden Offiziers überbringen. Der Offizier selbst, sollte er hinzusehen, befände sich wohl; Freunde der Weiber, die selbst viel der Partei wegen, die sie ergriffen, von den Schwarzen leiden müßten, hätten ihn in ihrem Hause mitteilig aufgenommen. Sie schloß, daß, sobald die Landstraße nur von den bewaffneten Regterhaufen, die man erwartete, befreit wäre, man sofort Anstalten treffen würde, auch ihr, der Familie, ein Unterkommen in diesem Hause zu verschaffen. — Hast du verstanden? fragte sie, da sie geendet hatte. Der Knabe, indem er den Korb auf seinen Kopf setzte, antwortete, daß er den ihm beschriebenen Mönchenweiber, an dem er zuweilen mit seinen Kameraden zu fischen pflege, gar wohl kenne, und daß er alles, wie man es ihm aufgetragen, an die daselbst übernachtende Familie des fremden Herrn bestellen würde. Der Fremde zog sich auf die Frage der Alten, ob er noch etwas hinzuzusetzen hätte, noch einen Ring vom Finger und händigte ihn dem Knaben ein, mit dem Auftrag, ihn zum Zeichen, daß es mit den überbrachten Meldungen seine Richtigkeit habe, dem Oberhaupt der Familie,

Herrn Strömli, zu übergeben. Hierauf traf die Mutter mehrere, die Sicherheit des Fremden, wie sie sagte, abzuweckende Veranlassungen: befehl Toni, die Fensterläden zu verschließen, und zündete selbst, um die Nacht, die dadurch in dem Zimmer herrschend geworden war, zu zerstreuen, an einem auf dem Kaminsims befindlichen Feuerzeug, nicht ohne Mühseligkeit, indem der Zunder nicht fangen wollte, ein Licht an. Der Fremde benutzte diesen Augenblick, um den Arm sanft um Tonis Leib zu legen und ihr ins Ohr zu flüstern, wie sie geschlafen; und, ob er die Mutter nicht von dem, was vorgefallen, unterrichten sollte; doch auf die erste Frage antwortete Toni nicht, und auf die andere verneigte sie, indem sie sich aus seinem Arm loswand: Nein, wenn Ihr mich liebt, kein Wort! Sie unterdrückte die Angst, die alle diese lügenhaften Anstalten in ihr erweckten; und unter dem Vorwand, dem Fremden ein Frühstück zu bereiten, stürzte sie eilig in das untere Wohnzimmer herab.

Sie nahm aus dem Schrank der Mutter den Brief, worin der Fremde in seiner Unschuld die Familie eingeladen hatte, dem Knaben in die Niederlassung zu folgen; und auf gut Glück hin, ob die Mutter ihn vermissen würde, entschlossen, im schlimmsten Falle den Tod mit ihm zu leiden, sog sie damit dem schon auf der Landstraße wandernden Knaben nach. Denn sie sah den Jüngling vor ihrem Herzen nicht mehr als einen bloßen Gast, dem sie Schutz und Obdach gegeben, sondern als ihren Verlobten und Gemahl an, und war willens, sobald nur seine Partei im Hause stark genug sein würde, dies der Mutter, auf deren Bestürzung sie unter diesen Umständen rechnete, ohne Rückhalt zu erklären. Nanty sprach sie, da sie den Knaben atemlos und eifertig auf der Landstraße erreicht hatte: die Mutter hat ihren Plan, die Familie Herrn Strömli's anbetreffend, umgeändert. Nimm diesen Brief; Er lautet an Herrn Strömli, das alte Oberhaupt der Familie, und enthält die Einladung, einige Tage mit allem, was zu ihm gehört, in unserer Niederlassung zu verweilen. Sei klug und trage selbst alles mögliche dazu bei, diesen Entschluß zur Reife zu bringen; Congo Hoango der Regter wird, wenn er wiederkommt, es dir lohnen! — Gut, gut, Vase Toni, antwortete der Knabe. Er fragte, indem er den Brief sorgsam eingewickelt in seine Tasche steckte: Und ich soll dem Auge auf seinem Wege hierher zum Führer dienen?

— Allerdings, verneigte Toni; das versteht sich, weil sie die Gegend nicht kennen, von selbst. Doch wirst du möglicherweise Truppenmärsche wegen, die auf der Landstraße stattfinden könnten, die Wanderung eher nicht als um Mitternacht antreten; aber dann dieselbe auch so beschleunigen, daß du vor der Dämmerung des Tages hier eintriffst. Kann man sich auf dich verlassen? fragte sie. — Verlaßt Euch auf Nanty! antwortete der Knabe; ich weiß, warum Ihr diese weichen Züchtlinge in die Pflanzung lockt, und der Regter Hoango soll mit mir zufrieden sein.

Hierauf trug Toni dem Fremden das Frühstück auf, und nachdem es wieder abgenommen war, begaben sich Mutter und Tochter ihrer häuslichen Geschäfte wegen in das vordere Wohnzimmer zurück. Es konnte nicht fehlen, daß die Mutter einige Zeit darauf an den Schrank trat und wie es natürlich war, den Brief vernahm. Sie legte die Hand, ungläubig gegen ihr Gedächtnis, einen Augenblick an den Kopf und fragte Toni, wo sie den Brief, den ihr der Fremde gegeben, wohl hingelegt haben könne. Toni antwortete nach einer kurzen Pause, in der sie auf den Boden niedersah, daß ihn der Fremde ja ihres Wissens wieder eingesteckt und oben im Zimmer in ihrer beiden Gegenwart zerissen habe! Die Mutter schaute das Mädchen mit großen Augen an; sie meinte sich bestimmt zu erinnern, daß sie den Brief aus seiner Hand empfangen und in den Schrank gelegt habe; doch da sie ihn nach vielem vergeblichen Suchen nicht fand und ihrem Gedächtnis mehrerer ähnlichen Vorfälle wegen misstraute, so blieb ihr zuletzt nicht übrig, als der Meinung, die ihr die Tochter geäußert, glauben zu setzen. Inzwischen konnte sie ihr lebhaftes Mißvergnügen über diesen Umstand nicht unterdrücken und meinte, daß der Brief dem Regter Hoango, um die Familie in die Pflanzung hereinzubringen, von der größten Wichtigkeit gewesen sein würde. Am Mittag und Abend, da Toni den Fremden mit Speisen bediente, nahm sie zu seiner Unterhaltung an der Tischdecke sitzend, mehreremal Gelegenheit, ihn nach dem Briefe zu fragen; doch Toni war geschickt genug, das Gespräch, so oft es auf diesen gefährlichen Punkt kam, abzulenen oder zu vermeiden; dergestalt, daß die Mutter durch die Erklärungen des Fremden über das eigentliche Schicksal des Briefes auf keine Weise ins reine kam. So verfloß der Tag; die Mutter verließ nach dem

lichen Parteien wie mit der Peitsche zur Arbeit angehalten. Zu diesem Zwecke hat sie eine neue Methode angewendet.

In den Tagen der Revolution und während des Wahlkampfes erklärten sich die bürgerlichen Parteien, um sich volksfreundlich zu zeigen, zu vielen Zugeständnissen und Versprechungen bereit. Jetzt galt es, diese Versprechungen einzulösen. Namentlich an dem Pachtgesetz und der Gemeinde-Wahlrechtsreform sollten sie zeigen, ob es ihnen mit der „Volksfreundlichkeit“ ernst war. Sie versagten aber schamhaft. Um aber nicht ganz offen zu zeigen, daß ihre schönen Versprechungen nur Rauch und Dunst gewesen, versuchten sie die positive gesetzgeberische Arbeit möglichst hinauszuzögern. Sowohl im Plenum, aber noch mehr in den Kommissionen suchten sie die Zeit durch lange und häufige Reden zu verträdeln und unbedeutende Sachen wichtigen Gesetzen voranzustellen. Sie stellten öffentlich den Antrag, die Gemeindevahlrechtsreform gar nicht vorzunehmen. Diese Nachricht rief im Lande einen wahren Entrüstungssturm hervor. Überall wurden Protestversammlungen abgehalten und zwingende Resolutionen angenommen. Das half insofern, als die Vorlage zur Ausarbeitung angenommen wurde. Um gegen die Zeitverträdelung in den Kommissionen anzukämpfen, begann die sozialdemokratische Fraktion öffentlich Bericht zu erstatten, wiederholte mal die einzelnen Parteien das Wort ergriffen und wie lange die einzelnen Redner redeten. Da war es allen klar, daß die bürgerlichen Abgeordneten die Arbeit hindern wollten. Diese Berichte hallten im ganzen Lande wider und hatten die beabsichtigte Wirkung. Leider reichte jedoch die Wirkung nicht aus, um die Gesetze auch inhaltlich befriedigend zu gestalten. Alles, was sich auf diese Weise erkämpfen ließ, trägt einen ausgesprochen bürgerlichen Charakter.

Bei dem Pachtgesetz war die Fraktion insofern lange im Zweifel, ob es nicht besser wäre, das neue Gesetz bis nach den Neuwahlen hinauszuschieben. Allein die vollständig unsichere Lage der Zwergpächter zwang sie, das Gesetz endlich doch anzunehmen, weil es wenigstens den Vorteil bietet, daß die Großbauern die „Torpari“ (Kleinpächter) nicht mehr ohne weiteres von ihren Stellen verjagen können. Daher wünscht auch die Sozialdemokratie sehr, daß das Gesetz noch vor März die Sanktion des Jaren erhält, damit die massenhaft gekündigten „Torpari“ ihre Stellen behalten.

Das neue Pachtgesetz bietet manche Vorteile, aber den Erwartungen der „Torpari“ entspricht es keineswegs. Des engen Raumes wegen können wir nur auf einige Hauptmängel hinweisen.

Die kürzeste Pachtfrist ist auf 50 Jahre festgesetzt, aber nicht nach dem Wunsch der „Torpari“, sondern dem der Grundbesitzer. Die Torpari und die Sozialdemokratie verstanden die Pachtfrist ohne Erhöhung des Pachtzinses in dieser Zeit und mit Vergütung der Verbesserungen der Pachtstelle nach 50 Jahren. Die Altfinnen brachten aber ihren Antrag durch, wonach der Pachtzins nach 25 Jahren erhöht werden kann. Ist der Pächter mit dem erhöhten Pachtzins nicht einverstanden, so kann er die Stelle verlassen, jedoch ohne Vergütung für die Meliorationen. Daher stimmten die Sozialdemokraten für den Vorschlag der Jungfinnen — 25 jährige Pachtfrist mit Vergütung für die Verbesserungsarbeiten. Aber durch ihr geschicktes Manövrieren in einer entscheidenden Abstimmung brachten die Altfinnen die 50jährige Pachtfrist zur Annahme und zwangen in der folgenden Abstimmung die Jungfinnen, für die Erhöhung des Pachtzinses nach 25 Jahren zu stimmen! Die Sozialdemokratie vermochte das nicht zu verhindern. Außerdem brachten die Altfinnen noch einen Zusatz durch, welcher imstande ist, die 50jährige Pachtfrist illusorisch zu machen. Die Pachtfrist kann nämlich auf Wunsch des Pächters auch kürzer gefaßt werden! Diesen Zusatz werden die Grundbesitzer gründlich auszunutzen verstehen. Bei Erneuerung des Pachtvertrages wird der Besitzer sagen: „Ich verpachte die Stelle nicht mehr, es sei denn, daß Du vor der Pachtkommission erklärst, daß Du dieselbe nur 5—8—10 Jahre wünschst!“ Darauf wird der bedrängte Pächter natürlich eingehen müssen.

Abwenden aus Voricht, wie sie sagte, des Fremden Zimmer; und nachdem sie noch mit Toni überlegt hatte, durch welche List sie sich von neuem am folgenden Tage in den Besitz eines solchen Briefes setzen könne, begab sie sich zur Ruhe und befahl dem Mädchen, gleichfalls zur Ruhe zu gehen.

Sobald Toni, die diesen Augenblick mit Sehnsucht erwartet hatte, ihre Schlafkammer erreicht und sich überzeugt hatte, daß die Mutter entschlummert war, ergriff sie, indem sie aufstand, den Hauptschlüssel, der alle Gemächer des Hauses schloß und schritt damit langsam ohne Licht über den schmalen Gang, der das Gebäude durchschneidet, dem Schlafgemach des Fremden zu. Sie öffnete das Zimmer leise und trat vor sein Bett, wo er in tiefen Schlaf versenkt ruhte. Der Mond beschien sein blühendes Antlitz, und der Nachtwind, der durch die geöffneten Fenster einströmte, spielte mit dem Haar auf seiner Stirn. Sie neigte sich leise über ihn und rief ihm, seinen süßen Atem einatmend, beim Namen; aber ein tiefer Traum, von dem sie der Gegenstand zu sein schien, beschäftigte ihn; wenigstens hörte sie zu wiederholten Malen von seinen glühenden, zitternden Lippen das gestüßerte Wort: Toni! Wehmüt, die nicht zu beschreiben ist, ergriff sie; sie konnte sich nicht entschließen, ihn aus den Himmeln lieblicher Einbildung in die Tiefe einer gemeinen und elenden Wirklichkeit herabzurufen; und in der Gewißheit, daß er ja früh oder spät von selbst erwachen müsse, nierte sie an seinem Bette nieder und überdeckte seine teure Hand mit Küßen.

Aber wer beschrieb das Entsetzen, das wenige Augenblicke darauf ihren Wut ergriß, als sie plötzlich im Innern des Hofraums ein Geräusch von Menschen, Pferden und Wagen hörte und darunter ganz deutlich die Stimme des Regers Gongo Hoango erkannte, der unvermuteterweise mit seinem ganzen Troß aus dem Lager des Generals Deshales zurückgekehrt war. Sie fürzte, den Mondschein, der ihr zu verzagen drohte, sorgsam vermeidend, hinter die Vorgänge des Fensters und hörte auch schon die Mutter, welche dem Regener von allem, was währenddessen vorgefallen war, auch von der Anwesenheit des europäischen Botschafts im Hause, Nachricht gab. Der Regener befahl den Geigen mit gedämpfter Stimme, im Hofe still zu sein. Er fragte die Alte, wo der Fremde, in diesem Augenblicke befinde sich; worauf diese ihm das Zimmer bezeugte und so auch auf Gelegenheit nahm, ihn von dem sonderbaren

Die Pachtkommission, die strittige Fragen zu erledigen hat, besteht aus 4 Beisitzern und einem Vorsitzenden. Die Beisitzer werden von den Grundbesitzern und Pächtern paritätisch, der Vorsitzende von den Beisitzern gewählt. Können sich diese über die Person des Vorsitzenden nicht einigen, so wird dieser durch den Kreisrichter ernannt. Der Richter wird ihm natürlich aus den Kreisen der Grundbesitzer ernennen, und so haben die Grundbesitzer von vornherein die Majorität in der Kommission. Eine Einigung wird kaum zu erwarten sein, wo zwei gegen zwei stehen! — Die Sozialdemokraten wünschten, der Vorsitzende sollte durch die allgemeine Gemeindeversammlung gewählt werden. Dieser Vorschlag draug aber nicht durch. Bei der Kommunalreform konnte das allgemeine Stimmrecht der Bevölkerung allerdings nicht vorzuenthalten werden. Aber es gelang den bürgerlichen Parteien im gewissen Sinne ein Zweikammersystem in der Kommunalverwaltung durchzusetzen. Die finanziellen Fragen werden nämlich von einer Körperschaft erledigt, welche nur von Steuerzahlern gewählt wird. Zum Glück — so muß man sagen — es ist die große Mehrzahl der Gemeindeangehörigen als Steuerzahler eingeschätzt, so daß diese Bestimmung nicht allzu großes Unheil anrichten dürfte. Was aber bei diesem Versuch besonders kraß hervortrat, das war der Umstand, daß die bürgerlichen Parteien ihre vereinigte Übermacht ganz offen dazu gebrauchten, um sich die angenommenen Gesetze mundgerecht zu machen.

Eines hat die Sozialdemokratie hierbei gewonnen: die Bourgeoisie mußte ihre „volksfreundliche“ Maske abwerfen und dem Volke ihr wahres Gesicht zeigen. Die Massen, die sich bisher von den lügnischen Versprechungen der bürgerlichen Parteien betrogen ließen, werden nächstens vorsichtiger sein. Diejenigen, die bessere Gesetze wünschen, werden nächstens ihre Stimmen Sozialdemokraten abgeben. Die herrschende Unzufriedenheit kündigt das schon jetzt voraus.

Soziales und Parteileben.

Ein Jubiläum der Holzarbeiter-Organisation. Am 27. Dezember waren 25 Jahre verflossen seit der Deutsche Tischler-Verband gegründet wurde. Die Anregung zur Gründung dieser Organisation ging von Stuttgart aus. Und die Gründung fiel in die schwere Zeit des Sozialistengesetzes. Im Jahre 1888 hatten die Stuttgarter Möbel-fabrikanten in den Sommermonaten ihre Gesellen ausgesperrt. Dieser Gewalttat übte, wie die „Holzarbeiter-Ztg.“ schreibt, eine von den Herren nicht erwartete Wirkung aus. Das Solidaritätsgefühl der Kollegenchaft in den verschiedensten Teilen des Reiches wurde mächtig angeregt; die veranalteten Sammlungen zur Unterstützung der ausgesperrten lieferten ein so reiches Ergebnis, daß es den Aussgesperrten möglich wurde, als Sieger aus dem Kampfe hervorzugehen. Das brutale Vorgehen der Stuttgarter Unternehmer hatte aber noch weitere Folgen; die Kollegenchaft wurde zum Nachdenken angeregt. Man sagte sich, daß in die gleiche Lage wie die Stuttgarter Tischler sehr leicht auch die Kollegen in anderen Orten geraten können; welcher Vorteil, wenn eine engere Verbindung unter den Fachvereinen, die jetzt für den augenblicklichen Zweck erst geschaffen werden mußte, dann bereits vorhanden war. Diesem in weiteren Kreisen vorhandenen Wunsch nach Schaffung einer Zentralorganisation der Tischler gab der damalige Vorsitzende des Stuttgarter Schreinerfachvereins, Karl Klob, den richtigen Ausdruck. Er berief auf den 8. Oktober 1888 eine Konferenz von Vertrauensmännern der Tischler nach Frankfurt a. M. Hier kam man überein, einen deutschen Tischlerkongress abzuhalten, der am 27. Dezember 1888 in Mainz zusammentrat. Der Kongress beschloß, eine Zentralorganisation zu schaffen, welche unter dem Namen „Zentralverband der Vereine der Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsangehörigen Deutschlands“ sofort ins Leben trat. Zum besoldeten Vorsitzenden der Organisation mit einem Monatsgehalt von 120 Mark wurde Klob gewählt. Am Schluß des ersten Geschäftsjahres gehörten der Organisation 52 Vereine mit 4152 Mitgliedern an. In den folgenden Jahren hatte der Verband mit mancherlei Schwierigkeiten zu kämpfen, die seinen Fortschritt hemmten. Eine Besserung trat erst ein, als im Jahre 1886 auf dem Verbandstag zu Gotha eine strikere Zentralisation geschaffen wurde; aus dem Verband von Vereinen wurde der „Deutsche Tischlerverband“. Diese

und auffallenden Gespräch, das sie, den Flüchtling betreffend, mit der Tochter gehabt hatte, zu unterrichten. Sie versicherte dem Regener, daß das Mädchen eine Verräterin und der ganze Anschlag, desselben habhaft zu werden, in Gefahr sei zu scheitern. Wenigstens sei die Spießbübin, wie sie bemerkt, heimlich beim Einbruch der Nacht in sein Bette geschlichen, wo sie noch bis diesen Augenblick in guter Ruhe befindlich sei; und wahrscheinlich, wenn der Fremde nicht schon entflohen sei, werde derselbe eben jetzt gewarnt und die Mittel, wie seine Flucht zu bewerkstelligen sei, mit ihm verabredet. Der Regener, der die Treue des Mädchens schon in ähnlichen Fällen erprobt hatte, antwortete, es wäre wohl nicht möglich. Und: Kelly! rief er wütend, und Omra! nehm eure Büchsen! und damit, ohne weiter ein Wort zu sagen, stieg er im Gefolge aller seiner Regener die Treppe hinauf und begab sich in das Zimmer des Fremden.

Toni, vor deren Augen sich während weniger Minuten dieser ganze Auftritt abspiegelt hatte, stand gelähmt an allen Gliedern, als ob sie ein Wetterstrahl getroffen hätte, da. Sie dachte einen Augenblick daran, den Fremden zu wecken; doch teilte sie wegen Besetzung des Hofraums keine Flucht für ihn möglich, teilte auch sah sie voraus, daß er zu den Waffen greifen und somit bei der Überlegenheit der Regener Zubodenstreckung unmittelfahr sein Los sein würde. Ja, die entsetzlichste Rücksicht, die sie zu nehmen genötigt war, war diese, daß der Unglückliche sie selbst, wenn er sie in dieser Stunde bei seinem Bette fände, für eine Verräterin halten und, statt auf ihren Rat zu hören, in der Kaiserrei eines so heillosen Wahns dem Regener Hoango völlig besinnungslos in die Arme laufen würde. In dieser unaussprechlichen Angst fiel ihr ein Strich in die Augen, welcher, an dem Riegel der Wand hing. Sie umschlang den Jüngling, vielfache Knoten hängend, an Händen und Füßen damit; und nachdem sie, ohne darauf zu achten, daß er sich rührte und sträubte, die Enden angezogen und an das Gestell des Bettes festgebunden hatte, drückte sie, froh des Augenblicks mächtig gemorden zu sein, einen Fuß auf seine Lippen und eilte dem Regener Hoango, der schon auf der Treppe kurrte, entgegen.

Der Regener, der dem Bericht der Alten, Toni andertreffend, immer noch keinen Glauben schenkte, stand, als er sie aus dem bezeichneten Zimmer hervortreten sah, bestürzt und verwirrt im Korridor mit seinem Troß von Fackeln und Bewaffneten still. Er rief: die Treutose! die

Organisationsänderung war auch von den wohlthätigsten Folgen begleitet; am Schluß des Jahres 1887 zählte der Verband bereits 86 Zahlstellen mit 6013 Mitgliedern, und in den folgenden Jahren war eine ständige Zunahme sowohl der Zahlstellen als auch der Mitglieder zu verzeichnen. Ende 1889 war der Verband auf 10430 Mitglieder in 127 Zahlstellen angewachsen. Im Jahre 1893 ging der Tischlerverband dann über in den Deutschen Holzarbeiter-Verband, der mit dem 1. Juli 1893 mit 22745 Mitgliedern (davon 19400 aus dem Tischlerverband) ins Leben trat. Heute zählt der Deutsche Holzarbeiterverband rund 150000 Mitglieder. Er ist damit eine der stärksten und außerdem eine der finanziell bestuenderten deutschen Gewerkschaften. In zahlreichen, teils sehr schweren und langwierigen Lohnkämpfen hat er seinen Mitgliedern wertvolle wirtschaftliche Vorteile erkämpft. Darum wird er auch weiter in der Aufwärtsentwicklung beharren und ein bedeutendes Organ bleiben in der Befreiung des Proletariats.

Schwarze Listen. Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller hat kurz vor Weihnachten eine neue Anzahl Urteilsbriefe gegen streikende Arbeiter versendet; sie haben diesen Wortlaut:

Berlin, den 12. Dez. 1908.
Rundschreiben Nr. 224 pro 1908.
Hierdurch teilen wir Ihnen mit, daß die Streiks bei den Firmen Wilhelm Fredenhagen in Offenbach a. M. und Viktoria-Werke A.-G., Nürnberg beendet sind; es erledigen sich somit unsere Rundschreiben Nr. 210 vom 9. November und Nr. 189 vom 18. September 1908.

Berlin, den 14. Dez. 1908.
Rundschreiben Nr. 225 pro 1908.
Die folgenden Mitglieder des Arbeitgeberverbandes Deutscher Glasfabriken haben sich gezwungen gesehen, den mit ihren Arbeitern pro 1908 abgeschlossenen Tarifvertrag pro 1909 nicht zu verlängern. Da die zwischen beiden Parteien gepflogenen Verhandlungen zu keinem Resultat führten, haben genannte Firmen ihren sämtlichen Arbeitern auf den 26. Dezember ex. gekündigt.

Ditrich, Janke u. Co., A.-G., Beleuchtungsglasfabrik, Weichwasser D.-L. Mudra u. Co., Union, A.-G., Beleuchtungsglasfabrik, Weichwasser D.-L. Joseph Schwegl, Germania A.-G. Beleuchtungsglasfabrik, Weichwasser, Dr. Martin Schwegl, D.-L. Beleuchtungsglasfabrik, Weichwasser, D.-L. Wir bitten Sie, alle von den genannten Firmen kommenden Arbeiter bis auf weiteres von der Einstellung auszuschließen.

Berlin, den 14. Dezember 1908.
Rundschreiben Nr. 226 pro 1908.
Der Streik der Hafenarbeiter in Jekhoe ist beendet; es erledigt sich somit unser Rundschreiben Nr. 209 vom 9. November 1908.

Berlin, den 16. Dezember 1908.
Rundschreiben Nr. 227 pro 1908.
Bei der Firma Heinrich Bloß u. Co. Holz- und Preßglaswerke in Ottendorf-Okrilla bei Dresden drohen Differenzen auszubrechen, die Arbeiter dieser Firma weigern sich, die ihnen gemachten Lohnanforderungen anzunehmen. Wir bitten, alle von dort kommenden Arbeiter bis auf weiteres nicht einzustellen.

Berlin, den 18. Dezember 1908.
Rundschreiben Nr. 28 pro 1908.
Im Anschluß an unser Rundschreiben Nr. 228 vom 2. Dezember 1908 teilen wir Ihnen hierdurch mit, daß die Arbeiter beim Streikwerk G. m. b. H. in Mannheim am 17. Dezember 1908 die Einigungsbedingungen abgelehnt haben. Die Mitglieder des Bezirksverbandes Mannheim haben daher auf Verbandsbeschluß ihren sämtlichen Arbeitern auf den 1. Januar 1909 gekündigt. — Wir bitten Sie nochmals dringend, alle Arbeiter der genannten Firma, sowie sämtliche aus dem Industriegebiet Mannheim, Ludwigshafen, Oggersheim und Frankenthal kommenden bis auf weiteres unter keinen Umständen einzustellen.

Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen. In Weichwasser in der D.-L. sind am Vorabend des Weihnachtstages zirka 900 Glasarbeiter und -arbeiterinnen entlassen worden, weil sie nicht in eine erhebliche Lohnreduktion willigen wollten. (S. vorstehendes Rundschreiben des Metallindustriellenverbandes.)

Bülowische Sparrpolitik in Staatsbetrieben. Das Reich will sparen, und man fängt deshalb bei den im Dienste des Reiches stehenden Arbeitern zu sparen an. Jahr für

Bundbrüchige! und indem er sich zu Babekan wandte, welche einige Schritte vorwärts gegen die Tür des Fremden getan hatte, fragte er: Ist der Fremde entflohen? — Babekan, welche die Tür ohne hineinzugehen offen gefunden hatte, rief, indem sie als eine Wütende zurückkehrte: Die Gaunerin! Sie hat ihn entweichen lassen! Gift und Besess die Ausgänge, ehe er das weite Feld erreicht!

Was gibts? fragte Toni, indem sie mit dem Ausdruck des Erstaunens den Alten und die Mutter, die ihn umringten, ansah. — Was es gibt? erwiderte Hoango; und damit ergriff er sie bei der Brust und schleppte sie nach dem Zimmer hin. — Seid ihr rätend? rief Toni, indem sie den Alten, der bei dem sich ihm darbietenden Anblick erstarrte, von sich stieß; da liegt der Fremde, von mir in seinem Bette festgebunden; und beim Himmel es ist nicht die schlechteste Zeit, die ich in meinem Leben getan! Bei diesen Worten kehrte sie ihm den Rücken zu und setzte sich, als ob sie weinte, an einen Tisch nieder. — Der Alte wandte sich gegen die in Verwirrung zur Seite stehende Mutter und sprach: O Babekan, mit welchem Mädchen hast du mich getäuscht? — Dem Himmel sei Dank, antwortete die Mutter, indem sie die Stricke, mit welchem der Fremde gebunden war, verlegen untersuchte; der Fremde ist da, ob schon ich von dem Zusammenhang nichts begreife. — Der Regener trat, das Schwert in die Scheide steckend, an das Bett und fragte den Fremden, wer er sei, woher er komme und wohin er reise. Doch da dieser unter krampfhaften Anstrengungen sich loszuwinden, nichts hervorbrachte, als auf jämmerlich schmerzhaften Weise: O Toni! o Toni! so nahm die Mutter das Wort und bedeutete ihm, daß er ein Schweizer sei, namens Gustav von der Ried, und daß er mit einer ganzen Familie europäischer Hünde, welche in diesem Augenblicke in den Berghöhlen am Mädenweither versteckt sei, von dem Küstenplatz Fort Dauphin komme. — Hoango, der das Mädchen, den Kopf schwermächtig auf ihre Hände gestützt, dasitzen sah, trat zu ihr und nannte sie sein liebes Mädchen; klopfte ihr die Wangen und forderte sie auf, ihm den überreichten Verdacht, den er ihr geäußert, zu vergeben. Die Alte, die gleichfalls vor das Mädchen hingekniet war, stemmte die Arme kopfschüttelnd in die Seite und fragte, weshalb sie denn den Fremden, der doch von der Gefahr, in der er sich befand, gar nichts gewußt, mit Stricken in dem Bette festgebunden habe.

(Fortsetzung folgt.)

Zahl werden, um die Weihnachtsgeschäfte bei der Post zu bewältigen, eine große Zahl Ausschäftsstellen eingestellt. In diesem Jahre hat man in Braunschweig allein 80 Ausschäftsstellen weniger eingestellt als in den früheren Jahren. Um trotzdem das Arbeitspensum zu bewältigen, hat man einen der Post für das ganze Jahr ständigen Postbestellgänger in den Weihnachtswochen einfach abgestellt, und die Postboten gezwungen, die vermehrten Postsendungen in den reduzierten Bestellungen mit zu besorgen. — Die Postbeamten werden dadurch natürlich weit mehr angeknagelt und auch für die Geschäftskreise erwachen erhebliche Nachteile aus dieser Praxis, aber die Post hat gewart.

Die Krise zeigt sich verheerend in der elsass-lothringischen Metallindustrie. In den letzten Tagen ist in den Werksstätten der elsässischen Maschinenbau-Gesellschaft in Mühlhausen i. S. über 40 Arbeiter gekündigt worden. Es wurden größtenteils ältere und durchaus brauchbare gelehrte Arbeiter von der Kündigung betroffen. Andere Firmen benutzen die Feiertage, um den Betrieb länger Zeit ruhen zu lassen, wodurch Tausende von Arbeitern auf Wochen Arbeit und Lohn verlieren. In der Textilindustrie, von der man hoffte, daß bald eine günstigere Geschäftslage eintreten würde, macht sich davon noch nichts bemerkbar.

Krankenkassenwahlen bei Krupp in Essen. Der Vorstand der Krupp'schen Betriebskrankenkasse befand sich seit einigen Jahren in Händen des Metallarbeiterverbandes, der bei den Wahlen die Christlichen überlistet hatte. Damit es nicht so blieb, wurde mit Hilfe der christlichen Vertreter die Verhältniswahl eingeführt und in diesen Tagen zum erstenmal danach gewählt. Der Metallarbeiterverband erzielte 10 760 Stimmen und 73 Vertreter zur Generalsammlung (früher 69). Die Christlichen erhielten 8546 Stimmen und 59 Vertreter gegen früher 42. Die Beamten erhielten bei 1481 Stimmen 17 Vertreter. Endlich entfielen auf Christ-Dunkler 4, Werkstätten 6, gelbe Gewerkschaften 1, sonstige indifferente Listen 4 Vertreter. Auch diese Wahl ist ein neuer Beweis für die Stagnation bei den Christlichen und das Vorwärtsschreiten der freien Gewerkschaften.

Im Glaser-Verband hat kürzlich eine Urabstimmung über den Anschluß dieser Organisation an den Deutschen Holzarbeiter-Verband stattgefunden. Der Hauptvorstand des Glaser-Verbandes teilt nun das Resultat der Urabstimmung in der „Glaser-Ztg.“ mit. An der Urabstimmung beteiligten sich 2986 Kollegen. Gegen den Übertritt stimmten 1264, für den Übertritt stimmten 1722 Kollegen; 23 Kollegen erklärten sich für den Bauarbeiter-Verband, 12 Kollegen für den Glaserarbeiter-Verband. 865 Kollegen haben die Frage weder mit Ja noch mit Nein beantwortet.

Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes richtete an den Verein für bergbauartige Interessen des Oberbergamtsbezirks Dortmund eine Eingabe, in der ersucht wird, dafür zu sorgen, daß die Bechen von Klärungen der Schichtlöcher abgehen und die Gefährdungen nur im äußersten Notfall evtl. um ein Geringes gemindert werden. — Weiter wird um Regelung der Feiertage, Vermeidung der Nebenarbeiten und der Massenklindigungen ersucht.

Für die Arbeitslosen in Dänemark. Das dänische Folkething hat sich in seiner letzten Sitzung vor Weihnachten mit dem erwähnten sozialdemokratischen Gesetzentwurf über außerordentliche Staats- und Gemeindefürsorge für die Arbeitslosen befaßt. Folkethingsmann Martin Olsen, der Vorsitzende des Gesamtverbandes der Gewerkschaften, der den Entwurf begründete, wies natürlich auch darauf hin, daß die Wirtschaftskrisen mit ihrer furchtbaren Arbeitslosigkeit eine Folge der kapitalistischen Produktionsweise sind. Wie verrückt und ungerichtet es unter dieser Gesellschaftsordnung bestellt ist, illustrierte er durch folgendes Zwiegespräch zwischen einem Mann und einem armen Jungen: „Warum gehst Du barfuß, mein Vater?“ — „Ich habe keine Stiefel.“ — „Was ist Dein Vater?“ — „Schuhmacher.“ — „Warum macht er Dir keine Stiefel?“ — „Er ist arbeitslos.“ — „Warum ist er denn arbeitslos?“ — „Ja, weil es zu viele Stiefel gibt.“ Bei den vorigen Arbeitslosendebatten im Folkething war angeregt worden, die Arbeitslosen aufs Land zu Arbeit bei den Bauern zu schicken. Im August ist denn auch 342, im September 368 Arbeitslosen auf diese Weise Arbeit verschafft worden, in den übrigen Monaten aber kam die Nachfrage nach solchen Arbeitskräften nur vereinzelt vor. In den Wintermonaten, wo in den Städten die Not am größten ist, hat eben auch die Landwirtschaft keinen Bedarf an Arbeitskräften, und außerdem ist ja der größte Teil der Industriearbeiter für die landwirtschaftliche Arbeit nicht geeignet. Auf diese Frage eingehend, erklärte Genosse Olsen gleichwohl, daß er bereit sei, dazu mitzuwirken, daß, soweit es möglich ist, Arbeitslose auf dem Lande Beschäftigung finden, vorausgesetzt, daß über die Art der Arbeit, die Löhne usw. Auskunft gegeben wird und daß die Arbeiter auch menschenwürdig behandelt werden. Vor allem verlangte der Redner aber, daß bei den Staatsarbeiten, öffentlichen Bauten, den vielen neuen Eisenbahnanlagen, die beschlossene sind, so viele Arbeitslose wie nur irgend möglich beschäftigt werden, und daß, da ja auch damit die Arbeitslosigkeit nur in sehr geringem Maße gemindert werden kann, gemäß dem sozialdemokratischen Gesetzentwurf, Gemeinden und Staat mit außerordentlichen Mitteln den Arbeitslosen wie den Hilfslosen Zuschüsse gewähren, die über die in den geltenden Gesetzen festgelegten hinausgehen. In der Diskussion trat — im Gegensatz zu dem, was man in Preußen-Deutschland gewohnt ist — die erfreuliche Tatsache zutage, daß sowohl die Regierung wie die Wortführer der bürgerlichen Parteien die Notwendigkeit außerordentlicher Maßnahmen zur Hilfe für die Arbeitslosen anerkannten. Zur Prüfung des Gesetzentwurfes wurde ein Ausschuss von 15 Mitgliedern gewählt.

Aber die Arbeitslosigkeit in Dänemark wird der Metall-Arbeiter-Ztg. von einem Kollegen in Kopenhagen folgendes geschrieben: Die Statistiken der organisierten Arbeiter über die Arbeitslosigkeit in der Hauptstadt geben folgendes trübes Bild von der wirtschaftlichen Krise: Von 104 Organisationen mit 43 750 Mitgliedern sind zurzeit 8067 arbeitslos, also 18,4 Proz. An Unterhaltungen für Arbeitslose sind im laufenden Jahre 579 488,27 Kronen ausbezahlt worden, dabei sind schon 4280 Mitglieder ausgeteuert und können vorläufig keine staatsgemäße Unterstützung beziehen. Im Baufach mit 8993 Mitgliedern sind 3900 Arbeitslose zu verzeichnen = 43,8 Proz.; die Maler haben bei 1800 Mitgliedern 1000 Arbeitslose und die Maurer von 1620 Mitgliedern 800; diese beiden Organisationen vermögen deshalb keine Unterstützungen mehr auszusuchen. Bei den Fabrik- und Erdbauern beträgt die Arbeitslosigkeit 19,1 v. H.; in der Industrie, wo die Krise noch nicht lange gedauert hat, ist der Prozentfuß 9,7. Die Organisation der Schmiede und Maschinenarbeiter mit 5500 Mitgliedern zählt 871 Arbeitslose und die Glaserarbeiter haben 338 von 1571 Mitgliedern im ganzen. Dies sind höchst bedenkliche Zeichen. Beim Anfang des Winters, weshalb die Gemeindeverwaltung der Hauptstadt 100 000 Kronen an die Unterstützungsstellen bewilligt hat und dem Reichstag ebenfalls ein Antrag auf Unterstützung der Arbeitslosen unterbreitet worden ist, der ohne Zweifel bewilligt werden wird. — Für die Deutschen

Arbeiter ergibt sich aus diesen Mitteilungen die Mahnung, vorläufig nicht nach Dänemark zu gehen, denn sie werden dort keine Aussicht auf Arbeit haben.

Friede in der Metallindustrie Schwedens. Die Urabstimmung über die fünfjährige Verlängerung der Tarifgemeinschaft in der schwedischen Metallindustrie hat eine Mehrheit für die Annahme des Ultimatums der Unternehmer ergeben, und auch das Bundessekretariat der schwedischen Gewerkschaften hielt es mit Rücksicht auf die furchtbare Wirtschaftskrise für geboten, auf diese Weise der angekündigten Massenauflösung vorzubeugen. Der neue Vertrag, der sich auf alle in den Betrieben der Metallindustrie beschäftigten Arbeitergruppen erstrecken soll, ist jedoch noch nicht endgültig abgeschlossen. Als er unterzeichnet werden sollte, ergaben sich Differenzen, die nun durch eine Kommission von Vertretern der 8 in Betracht kommenden Gewerkschaften und des Bundessekretariats sowie der Unternehmerorganisation erledigt werden sollen. Allen Anschein nach ist aber der Friede in der schwedischen Metallindustrie als gesichert anzusehen.

Verteigerte Bestätigung eines Gemeindevorstehers. Bei den im verflorenen Herbst stattgehabten Gemeinderatswahlen im Herzogtum Sachsen-Altenburg fiel in der Landgemeinde Lössbühl bei Kahla, einem in der Hauptsache von Arbeitern bewohnten Orte, die Majorität im Gemeinderat der Sozialdemokratie zu. Diese Majorität wählte den Fahrradhändler Schulze zum Gemeindevorstand. Nach preussisch-sächsischem Muster wurde dem Gewählten die Bestätigung durch den Landrat verweigert. Die Berufung gegen diese Entscheidung, die dieser Tage vom Ministerium in Altenburg erledigt wurde, nahm den gleichen Ausgang. Das Ministerium trat dem Bescheide des Landrates bei mit der Begründung:

„Zur Befähigung für dieses Amt gehören nicht nur geschäftliche Gewandtheit und unbescholtene Lebensführung, wie sie dem Gewählten zur Seite stehen, sondern auch das Vertrauen der Gemeinde-Aufsichtsbehörden, daß der Gewählte als Ortsbehörde und als öffentliches Organ der Landesverwaltung nicht allein für das Interesse der Gemeinde, sondern auch für die Erhaltung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung jederzeit mit Rat und Tat einstehen werde. Dieses unerläßliche Vertrauen fehle dem Fahrradhändler Schulze, weil er sich als Anhänger der Bestrebungen betätigt hat, die die Festsicherung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zum Endziel haben.“

Da die Majorität des Gemeinderats in Lössbühl eine sozialdemokratische ist, wird das Spiel von neuem losgehen: Der Umstürzler wird wiedergewählt und wieder nicht bestätigt. Was nachher kommt, muß abgewartet werden.

Bei den Bürgerausschufswahlen in Reutlingen entfielen auf unsere Partei 3 Sitze; die Gegner holten 6 Mandate.

Aus dem Gerichtssaal.

Vom militärischen Kadavergehorfam. Ein völlig unbefähigter Unteroffizier der 7. Komp. Fußart.-Regts. von Leskau Nr. 6 hatte sich in Reife wegen Gehorsamsverweigerung vor versammelter Mannschaft zu verantworten. Der Angeklagte, dem von seinen Vorgesetzten das Zeugnis eines durchaus tüchtigen und zuverlässigen Soldaten ausgestellt wird und der auch sonst in jeder Hinsicht die Eigenschaften eines gebildeten Menschen besitzt, leidet an beschleunigter Herzaktivität. Als beim Bataillon der Schwimmunterricht begann, wurde auch der Angeklagte dazu kommandiert, der zwar mitging, jedoch beim ersten Male bereits nach einigen Minuten aus dem Wasser gehen mußte, da er starkes Herzklopfen bekam und ganz ermattet war. Der Regimentsarzt, welcher den Angeklagten untersuchte, äußerte zu ihm: „Sie haben beschleunigte Herzaktivität, ich werde dafür sorgen, daß Sie entlassen werden.“ Auch der diensthabende Arzt dispensierte den Angeklagten nach ärztlicher Untersuchung vom Schwimmdienst. Als im August ds. Jz. der Schwimmdienst tuende Offizier befohl, daß der Unteroffizier schwimmen sollte, machte ihn der Sanitäts-Unteroffizier aufmerksam, daß Herr Oberstabsarzt dem Angeklagten das Schwimmen verboten habe, worauf es auch unterblieb. Am 9. September ds. Jz. war der Angeklagte wiederum auf der Schwimmmanöver. Als ihn der Offizier vom Schwimmdienst bemerkte, ging er auf ihn zu und befahl ihm, sich auszuziehen, worauf der Angeklagte erwiderte: „Herr Leutnant, ich gehe nicht ins Wasser.“ Der Leutnant gab dem Unteroffizier noch mehrmals den Befehl, worauf dieser jedesmal antwortete: „Nein, Herr Leutnant, ich gehe nicht ins Wasser.“ Hauptmann Kallweit, der bei dem Vorfall zugegen war, machte ihn auf das Angehörige und die Folgen seiner Handlung aufmerksam, worauf sich der Unteroffizier auch entkleidete. Der Leutnant sagte ihm jedoch: „Gehen Sie nach Hause, das weitere wird sich finden.“ Der Angeklagte, der wegen seines krankhaften Zustandes eine gewisse Furcht vor dem Schwimmen besitzt, stützte sich auf das ärztliche Gutachten der beiden Militärärzte. Obgleich dem Angeklagten in jeder Hinsicht mildernde Umstände zugebilligt wurden, lautete das Urteil auf 6 Wochen 1 Tag Gefängnis!

Der ungeschickliche Hunger. In grauen Haaren, jämmerliches Gesicht und Schauer tragend, erscheint der Arbeiter R. vor dem Schöffengericht Nürnberg, um gegen die im Mandatsweg über ihn verhängte einjährige Haftstrafe wegen Betrübels Einspruch zu erheben. Amtsrichter: Ziehen Sie Ihren Einspruch zurück. Sie werden kaum etwas ausrichten. Angeklagter: Aber Herr Amtsrichter, ich möchte gern frei werden. Ich tu's ganz gemiß nimmer. Amtsrichter: Aber Sie sind ja schon einige Male wegen Betrübels vorbestraft! Angeklagter: Jawohl, Herr Amtsrichter, aber ich hab halt so Hunger g'habt und hab keine Arbeit kriegt. Amtsrichter: Ziehen Sie den Einspruch zurück oder nicht? Angeklagter: Schenken's mir halt den Tag, Herr Amtsrichter. Dös war's allerletztemal und von 12 bis 5 Uhr bin ich ja so schon eingesperrt gewesen. Die paar Stunden können's mir doch nachlassen. Amtsrichter: Ich kann nichts abhandeln lassen. Wo wollen Sie den Einspruch endlich zurückziehen? Angeklagter: Ich möcht frei werden. Amtsrichter: Das kann ich nicht. Das Gesetz schreibt Strafe vor. Ein Tag ist ohnedies die geringste Strafe für Bettel! Angeklagter: Nun in Gottes Namen muß ich halt den Tag aushalten. — — — Und der Alte ging ins Gefängnis. Weil er keine Arbeit bekommen und Hunger hatte.

Wie Anlagen zustande kommen. Der Schlosser R. in Nürnberg arbeitete in den Victoria-Fahrradwerken, wo seit einigen Monaten gestreikt wird. Er wurde kurz vor Ausbruch des Streiks wegen Arbeitsmangels entlassen. Gines Tages traf er den Hilfsarbeiter Käferlein, der in der Fabrik Arbeitswilligendienste verrichtete. Bei diesem Zusammenreffen soll R. zu dem K. gesagt haben: „Nach, daß Du weiter kommst, Du Lump, Du Lacker, Du bist ja doch der einzige, der drinnen geblieben ist.“ Dadurch soll er den K. zu nötigen veranlaßt haben, sich dem Streik anzuschließen. Die Folge war eine Anzeige wegen Vergehens gegen § 168

der S. O. Als vor Gericht der Arbeitswillige gefragt wurde, ob er die Ausrufung in obigem Sinne ausgesagt habe, erklärte er: „So wars wohl nicht gemeint, aber mich hat halt die Firma aufgefordert, ich sollte mir das nicht gefallen lassen.“ Das Gericht erkannte auf Freisprechung.

Aus Nah und Fern.

Vom Tode errettet. In Berlin sprang die 80 Jahre alte Gattin des Schriftstellers und Kapitäns a. D. L. in den Stadtchloßkanal. Auf einer schnell herbeigeholten Leiter kletterte der vorübergehende Leutnant Kohde vom Inf.-Reg. Nr. 140 mit einem Rettungsring ins Wasser, schwamm auf die etwa vier Meter vom Ufer treibende Frau zu und brachte sie noch lebend ans Ufer. Die Verletzte wurde ins Krankenhaus gebracht.

Ein Opfer seines Berufes. Aus Berlin wird gemeldet: Unweit des Glaserwerks wurde ein 49-jähriger Blockwärter vom Hochbahnzug umgestoßen und mit solcher Gewalt gegen den Boden geschleudert, daß er leblos liegen blieb. Der Zugführer brachte den Zug sofort zum Stehen und nahm den Verunglückten auf. Auf der Unfallstation konnte mir der inzwischen eingetretene Tod festgestellt werden.

Familien-Drama. In der Neuen Kantstraße 82, Charlottenburg, vergiftete in der Sonntagnacht die dort wohnhafte Frau Bertha Strikow sich und ihre 21-jährige Tochter Erna durch Leuchtgas. Den 15-jährigen Sohn Fritz gelang es ins Leben zurückzurufen. Der Gemann konnte noch nicht benachrichtigt werden, da er sich auf einer Geschäftsreise befindet. Das Motiv der Tat ist wahrscheinlich in schlechten Vermögensverhältnissen zu suchen.

Mord. In Danzig wurde der Händler Roskowski von dem Arbeiter Roszmit, mit dem er vor einer Schmiede in Streit geraten war, angefallen und mit einem schweren Schmiedehammer am Kopf so schwer verwundet, daß der Tod sofort eintrat. Der Mörder wurde verhaftet. Roskowski hinterläßt eine Witwe mit sechs Kindern.

Vor der Hochzeit in den Tod. Unmittelbar vor der Trauung ertränkte sich in Brehna b. Halle die Tochter des Landwirts Maue.

Unstern. Am Heiligen Abend wurde im Siebener Stadtwald der zehnjährige Knabe Heinrich Abel ermordet. Die Leiche wurde am ersten Feiertag mittags gefunden. Als Täter wurde Sonntag nachmittags der bereits dreimal wegen Sittlichkeitsverbrechen vorbestrafte 47-jährige Schuhmacher Wilhelm Reif aus Niederspan bei Koblenz verhaftet.

Die künftigen Staatsstücken. Ein Erlaß des Universitäts-Rektors der Heidelberger Hochschule, der den „guten Ton“ und die „gute Erziehung“ der Studentenherden etwas eigenartig illustriert, ist zurzeit am schwarzen Brett der Universität zu lesen, er hat folgenden Wortlaut: „Es sind in letzter Zeit über Klagen laut geworden, daß Studierende im Verkehr mit Beamten der Universität und der Universitätsinstitute (Bibliothek, Sekretariat, Kanzlei, Quästor usw.) es an der unbedingten nötigen Höflichkeit fehlen lassen. So ist amtlich darüber geklagt worden, daß Studierende, ohne die Kopfbedeckung abzunehmen, mit brennender Zigarette und rauchend, sogar mit Hundchen auf den Amtszimmern erschienen sind, und sich, wenn sie auf die Ungehörigkeit aufmerksam gemacht worden sind, in wenig taktvoller Weise benommen haben. Die Herren Studierenden werden darauf hingewiesen, daß derlei Vorkommnisse gegen die gute Sitte verstoßen und daß, wie von den Universitätsbeamten zuvorkommendes Wesen und Freundlichkeit gegenüber den Studenten erwartet wird, so auch von letzteren das entsprechende gegenseitige Verhalten durchaus gefordert werden muß. Zuwiderhandlungen gegen diese Warnung werden nötigenfalls durch Disziplinarstrafen geahndet werden. Kassel, Prorektor.“ — Ein nettes Konterfei der Herren der Schöpfung, die dormaligst dazu berufen sein sollen, dem „gewöhnlichen Volke“ als Muster von Ordnung, Sitte und Bildung zu dienen. Ein Amtsdirektor würde in diesem Falle schon vonnöten sein, um den Korpsbrüdern wenigstens eine Ahnung von dem, was man zum „guten Ton“ rechnet, beizubringen.

Ein Kindesraub. In Hameln ist vor einigen Tagen ein fünfjähriger Knabe entführt worden, ohne daß es den Bemühungen der Polizeibehörden bisher gelang, eine Spur des verschwindenden Kindes zu finden. Die Entführung wird wie folgt geschildert: Der 5 Jahre alte, für sein Alter verhältnismäßig große, schmutzige Knabe ist am Sonntag, 18. Dezember, abends 6 Uhr, vor dem elterlichen Hause in Hameln weggeholt worden, und bis heute hat man noch nicht die leiseste Spur von dem Knaben und seinem Entführer ermitteln können. Hans Breste — so heißt der Entführer, der Sohn des Lokomotivführers Wilhelm Breste in Hameln — spielte vor der Tür des elterlichen Hauses, als ein Herr in mittleren Jahren ihn durch irgendwelche Verprechungen an sich lockte und den Knaben zu bewegen mußte, mit ihm sofort, ohne Kopfbedeckung, nach dem Bahnhof zu gehen. Diesen Vorgang hat eine Frau, welche in der Nachbarschaft wohnt, aus einem Fenster beobachtet. Der Kindesräuber war ein unterlehter Mann von etwa 35 bis 38 Jahren, Größe 1,60 bis 1,70 Meter, mit blondem Haar, schwarzen Augen, er trug dunklen Anzug, dunkle Pelzjacke von kurzem Schnitt und schwarzen Schlapphut. Der Fremde und der Knabe sind dann mit dem nächsten Personenzug in der Richtung Elze-Kreisjen-Kassel usw. abgefahren, wie ein anderer Beobachter gesehen haben will. Seit diesem Zeitpunkte fehlt jedwede Spur von dem Knaben. Die Eltern des Kindes sind natürlich untröstlich; die ganze Stadt nimmt Anteil an ihrem Geschick. Hans Breste ist etwa 1,17 Meter groß, hatte dünnes, hellblondes Haar und trug marineblauen Matrosenanzug mit weißem Planelkragen, schwarze Strümpfe und Schnürschuhe. Die Augen des Knaben sind blau, die Nase ist in der unteren Partie etwas eingebogen, Mund und Ohren klein, die Zähne oben etwas schwarz. Der Knabe hatte ein frisches, gesundes Aussehen. Alle Menschenfreunde werden um Mithilfe zur Ermittlung des Entführers gebeten. Der Vorfall möge allen Eltern und Erziehern als Warnung dienen. Kinder sollten außerhalb des Hauses nie ohne Aufsicht gelassen werden. Auch sollte man den Kindern immer wieder einschärfen, daß sie sich mit fremden Personen unter keinen Umständen einlassen.

Preussische Polizeikommissare. In untern Maadeburger Parteiorgan lesen wir: Gegen Polizeikommissar G. J. in G. l. b. e. r. s. t. a. d. war die Verfolgung einer Strafanzeige wegen Weineids von der Staatsanwaltschaft eingeleitet. Auch die Beschwerde hat der Oberstaatsanwalt eingeleitet mit der Begründung, daß nach Prüfung der Sache keine Veranlassung zur Verfolgung der Strafanzeige vorliege. Nach den übereinstimmenden Gutachten des Kreisarztes Dr. Moritz in G. l. b. e. r. s. t. a. d. und des Regierungs- und Kreisrats Dr. D. n. e. r. s. t. a. d.

Wagdeburg vom 17. Februar 1908 leidet der Polizeikommissar Goffe an Epilepsie. Er hat, wie der Kreisarzt Dr. Worch in seinem weiteren Gutachten vom 14. Oktober anführt, sich in der Zeit kurz vor und nach der Schwurgerichtsverhandlung vom 29. Juni epileptische Anfälle gehabt. Der Sachverständige hat es für sehr möglich bezeichnet, daß diese Anfälle ihren Ursprung von dem Anfall zur Folge gehabt haben. Goffe kann in einem solchen Zustande eine Aussage geben, für die er strafrechtlich nicht verantwortlich gemacht werden kann. Den Mordprozess ist der Herr Polizeikommissar also glücklich los. Aber hoffentlich auch das Amt, denn seit einigen Tagen ist er beurlaubt. — Die Göttingen-Grubenarbeiter „Durchgebrannt“: Unsere Stadt hat mit ihren Polizeikommissaren ein merkwürdiges Wesen. Während der vorige Kommissar als solcher sich nicht mehr zu halten vermochte, und als Gastwirt eine neue Stellung sich zu suchen versuchte, dann aber Schuldigen halber das Weite suchte, ist nun auch der jetzige Kommissar Gertig am Freitag ausgetreten. Die Frau Gama zu berichten weiß, hatte der junge Herr, wohl der jüngste aller Kommissare ganz Deutschlands — er war erst 22 Jahre alt, als unsere Stadt ihn hierher berief — eine um sechs Jahre ältere Dame aus der Lüneburger Heide kennen gelernt, die sich des Besitzes eines Barvermögens von 80000 Mk. erfreute. Vor kaum einem Vierteljahr hatte er sich mit ihr verlobt und es sollte diesen Dienstag die Hochzeit in Hannover gefeiert werden. Wohnung war hier bereits gemietet und zur Beschaffung der Einrichtung hatte ihm seine Braut 6000 Mk. gegeben, von denen er dem Möbelhändler Gebhardt hier eine Anzahlung von 2000 Mk. leistete. Am Donnerstag hatte er seiner Braut nach Hannover geschrieben, daß alles zur Hochzeit bereit sei, und Tags darauf teilte er ihr mit, daß er seine Verlobung endgültig aufgegeben habe, da er sich die Sache anderweitig überlegt habe. Mittlerweile war er abgereist, ohne seine Mietschuld zu haben.

Einem Gaunerstreich a la Schuster folgt beging in Elberfeld ein Mensch in der Uniform eines Postunterbeamten. Er kam zu der Frau eines Oberpostassistenten, der sich gerade im Dienst befand, und brachte ihr ein Paket mit Nachnahme in Höhe von 68 Mk. Da ihr Mann auswärts eine Bestellung gemacht hatte, die Adresse stimmte und da das Paket auch ordnungsmäßig verpackt und mit den postfälligen Zetteln besetzt war, hatte die Frau keinen Argwohn und behaltete die 68 Mk. Als sie das Paket nachher öffnete, mußte sie die Entdeckung machen, daß es alte Lumpen, Bretter und sonstige wertlose Dinge enthielt. Der Gauner ist leider nicht ermittelt. — Ein anderer, ebenso geriebener Gaunerstreich wurde in Langensfeld bei Darmen verübt. Dort fand sich abends ein etwa 30 Jahre alter, elegant gekleideter Mann bei dem Kaufmann A. ein, der nebenbei Agent einer Feuerversicherungsgesellschaft ist, stellte sich als Revisor der Gesellschaft vor und erklärte, daß er eine Revision der Bücher und der Kasse vorzunehmen habe. A. traute der Sache anfangs nicht recht. Da der Fremde, der sich Brochhoff nannte, aber sehr sicher auftrat, legte er ihm die betreffenden Bücher und die vereinnahmten Versicherungsgelder zur Nachprüfung vor. Der Revisor begann sofort mit der Revision, fand alles in Ordnung und steckte dann den Kassenbestand, etwa 130 Mk., in einen mitgebrachten Beutel. Der Agent wagte nicht zu widersprechen, warf aber doch schüchtern die Frage auf, ob der Herr „Revisor“ nicht wenigstens die ihm, dem Agenten, zuzehende Zinssprovision zu klassieren wolle. Der Revisor erklärte aber kurz angebunden, diese könne bei der nächsten Abrechnung verrechnet werden, stellte eine Quittung aus und empfahl sich mit dem Wunsch, daß Herr A. sich in der Folge etwas mehr um die Versicherungsgeschäfte bekümmern möge und der Gesellschaft bald mit einigen neuen Versicherungsablässen aufwarten werde. Nachträglich hat sich herausgestellt, daß der Agent das Opfer eines gewissen Schwindlers geworden ist.

Die Kassendefizite in antisemitischen Organisationen nehmen einen geradezu unheimlichen Umfang an. Raum ist über die „Unstimmigkeiten“ in der Kassenführung des Deutschen Antisemiten-Bundes, die zur Spaltung der Organisation und zum Austritt aus der Reformpartei führten. Was gemacht, so sieht sich die „Deutsche Hochwacht“ in ihrer letzten Nummer zu folgender betrüblichen Größnung genötigt: „Die Leiter der „Deutschen Hochwacht“, die in der Zeit vom 10. bis 19. November d. J. ihre Beiträge durch die Post eingesandt haben, werden um ihre Adresse und die Höhe der Summe gebeten. Der Empfänger hat das Geld nicht an mich abgeliefert. Deutsche Hochwacht“. Paul Wengel“. Das heißt also in richtiges Deutsch übertragen; der Kassierer hat das Geld unterschlagen, oder weigert sich, es abzuliefern. Es geht doch nichts über antisemitische Ehrlichkeit! — Von der Strafkammer in Gießen wurden der ehemalige Direktor Nickel und der frühere Kassierer Hartz von der antisemitischen Genossenschaftskasse in Obermorsbacht wegen Untreue (§ 146 des Strafgesetzbuchs) und zwar Nickel zu einem Jahr, Hartz zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Der ehemalige Rechtsanwalt Klarenaar wurde wegen Beihilfe zur Untreue sowie wegen Unterschlagung resp. Untreue in zwei Fällen, begangen zum Nachteil von Klienten, zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein Grubenbrand wütet in dem Buchhammer-Holz des Laa-Schachtes (Schlesien). Die Verwaltung ordnet die sofortige Räumung des Feldes an, weil die Gefahr einer Explosion besteht. Obwohl die Abdämmungsarbeiten sofort begonnen wurden, griff das Feuer weiter um sich; nachdem

auch während der Feiertage die Arbeiten fortgesetzt wurden, gelang es endlich, dem Feuer Einhalt zu tun. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen.

Ein Diebstahl. Vor einigen Monaten wurde der französische Journalist Xavier Klibler, ein geborener Offizier, aus den Reichsländern ausgewiesen, weil er das Verbrechen begangen hatte, für ein französisches Blatt über Dinge zu schreiben, die der preussisch-deutschen Regierung nicht in den Kram paßten. Er stellte nämlich nach der in Frankreich erfolgten Verhaftung eines deutschen Spions Erhebungen an und berichtete darüber seinem Blatte. Das ärgerte die durch die Spionageaffäre kompromittierten Militärbehörden und auf ihr Kommando hin erging der Ausweisungsbefehl. Klibler wandte sich nach erfolglosen Versuchen, die Ausweisung rückgängig zu machen, nach Kehl in Baden und setzte von da seine Verleumdertätigkeit fort. Jetzt wurde er durch Beschluß des badischen Ministeriums auch aus dem Großherzogtum Baden ausgeschleudert auf Anweisung aus Berlin, unter Zurücklassung einer Gnadenfrist von vierzehn Tagen ausgewiesen. Gründe für die erneute Ausweisung wurden nicht mitgeteilt, sind schließlich auch nicht notwendig, wenn es sich um einen der preussischen Regierung „lästigen Ausländer“ handelt.

Vollstreckung Jugendvergiftung in der Schule ist jetzt insofern in Weimar betrieben worden, als die Lehrer an die Fortbildungsschüler die bekannte Süßschrift, den Volkskalender des Reichsverbandes, verteilt haben. Da dieses Machwerk in allen Klassen der Fortbildungsschule verteilt worden, ist anzunehmen, daß die Lehrer den Auftrag zu diesen Handlangerdiensten von der Schulbehörde erhalten haben. Damit ist einmal wieder der Beweis geliefert worden, von welcher Seite die systematische Verheerung und Zerstörung der Jugend betrieben wird.

Agitation für die Kriegervereine. Vor einiger Zeit hatten wir mitgeteilt, daß u. a. das Regimentskommando in Köln unter den Offizieren des Beurlobtenstandes eine Agitation für die Kriegervereine betreibt. Der kommandierende General v. Bloch erklärt nun in einer Zusage an das „Berliner Tagebl.“, daß es nicht richtig sei, daß bei der Wahl zum Referent die Zugehörigkeit zu einem Kriegerverein eine Rolle spiele. Der General konnte aber nicht bestritten, daß bei jener Kontrollversammlung tatsächlich die Offizierskandidaten vorzutreten mußten, die bereits Mitglieder eines Kriegervereins waren. Von den zweihundert Herren bekannten sich allerdings nur fünf als Kriegervereiner. Einen plausible Grund für die Feststellung der Zugehörigkeit zu einem Kriegerverein vermag allerdings der verpflichtende General auch nicht anzuführen. Sodas jedenfalls die starke Vermutung besteht, daß es auf eine Agitation für die Kriegervereine abgesehen war.

Eine nette Bescherung. Eine Frankfurter Familie erwartete zu Weihnachten nach mehrjähriger Abwesenheit den Besuch einer Tochter, die in Berlin in einem Geschäft angestellt ist. Die ganze Familie war, so erzählt die „Sonne“, zum Empfang des Weihnachtsgastes am Bahnhof versammelt, der Zug lief pünktlich ein und ihm entstieg eine elegante junge Dame mit einem zehnjährigen Kinde. Etwas betroffen begrüßten die lieben Angehörigen die Tochter und Schwester und erkundigten sich sofort, welche Verwandnis es mit dem Baby habe. Das ist mein Kind! erklärte die junge Dame sehr resolut; da traf die Großmama beinahe der Schlag und die übrige Familie wich entsetzt zurück. Dann aber gab auf dem Perron inmitten der Reisenden eine kleine und nicht besonders zärtliche Familienzene, der die junge Mama dadurch ein Ende machte, daß sie mit ihrem Kinde einfach nach einem kleinen Hotel ging, indes sich die Familie entsetzt von ihr wandte. Nach einigen Stunden dampfte Fräulein Winter mit ihrem illegitimen Sprößling wieder ab, indes die Familie sich unter dem Christbaum über die „mitbrachte Tochter“ entsetzte, die in aller Heimlichkeit ein Kind bekommen hat und genug Muttergefühl besitzt, sich ihres eigenen Fleisches und Blutes zu freuen.

Furcht vor Strafe. Dem vierzehnjährigen Sohn Konrad des Schafers Gerhard in Kirchbauna bei Kassel war beim Viehhüten ein Schaf entlaufen und von einem Automobil überfahren worden. Der Junge brachte die Herde in den Stall, lief dann fort und ertränkte sich.

Kleine Ursachen, große Wirkungen. In Pfaffenhausen (Niederbayern) hat sich ein Arbeiter aus Jörn darüber, daß ihn seine Frau vom Wirtshaus heimholte, den Hals durchschnitten.

Risiko der Arbeit. Im Werrabahn-Tunnel wurden durch einen verspätet losgegangenen Sprengschuß ein Arbeiter getötet und zwei tödlich verletzt.

Rubensreich auf einem französischen Schlachtschiff. Der Panzerkreuzer „Gloire“, der seine Übungsfahrt unterbrechen mußte, weil die Maschinen durch mehrere von verbrecherischer Hand in die Dampfvorrichtung hineingeworfene Metallstücke ernstlich beschädigt waren, fuhr in der Nähe der Insel Hoedvig auf, doch gelang es ihm, mit eigener Kraft wieder loszukommen. Der Kreuzer steht unter dem Kommando eines Bruders des Deputierten Jaures.

Abgestürzt. Blättermeldungen aus Steinaach-Frieding zufolge ist der Wiener Jurist Viktor Mosler beim Skilaufen abgestürzt; er war alsbald tot. Die Leiche wurde nach Wien gebracht.

Der Münchener Postdiebstahl. Ein neue Kope nicht abe steckt hinter dem bereits kurz gemeldeten Verschwinden eines Postboten im Münchener Hauptbahnhof. Ein Postbote in ganz neuer Uniform mußte einen Hilfspostboten zu bewegen, ihm die Entnahme eines Beutels, in dem sich 60-70000 Mk. befanden, zu gestatten, zu dessen Hut der Hilfspostbote angestellt war. Zu spät stellte sich erst heraus, daß der angeblühete Bevollmächtigte des Hauptpostamtes ein ganz gemeiner Schwindler war. Die Polizei stellte sofort „Ermittlungen“ an, der „Postbote“ war aber schon über alle Berge.

Der Frost und seine Opfer. Die Weihnachtsfeiertage brachten in ganz Frankreich ein ungewöhnliches Frostwetter, das viele Fälle plötzlichen Todes verursachte.

Erdbeben in Sizilien. Durch ein heftiges Erdbeben wurde am 28. Dezember, morgens um 6 Uhr 20 Minuten, in Mileto, Jonadi, Catanzaro, San Giorgio und anderen Orten Calabriens großer Schaden angerichtet. Es sollen auch Menschenleben zu beklagen sein. Einzelheiten fehlen noch. — Nach weiteren Meldungen über Erdbeben sind in Stefanocenti drei Menschen getötet und 15 verletzt worden. In San Onofrio wurden mehrere verletzt. — Weitere aus Palermo eintreffende Nachrichten besagen, zwei Drittel der Stadt Messina seien zerstört und der Menschenopfer Tausende.

Paris. In einem Kinematographen-Theater in Stafford entstand am Sonnabend, als es von 250 Personen besetzt war, eine Panik. Ein Film sang Feuer und bald standen 1000 Meter Filmband in Flammen. Die Zuschauer drängten in kopfloser Flucht von dem oberen Stockwerk hinunter ins Freie, wobei viele Frauen und Kinder und auch Männer mehr oder weniger schwer verletzt wurden.

Von Wölfen angegriffen. Bei Gravina am Neuna wurde der siebenjährige Sohn des Bauers Marone von Wölfen angefallen und zum Teil aufgefressen.

25 Menschen ertrunken. Aus Panama wird berichtet: Der Fluß Remontazon und seine Nebenflüsse sind aus ihren Ufern getreten. Der angerichtete Schaden ist beträchtlich. Auf dem Gebiete von Costarica sind infolge der großen Überflutung 25 Personen ertrunken.

Literarisches.

„In freien Stunden“. Von dieser illustrierten Romanblättern in Wochenheften, welche durch den Abdruck guter Romane, Novellen, Humoresken, Skizzen usw. einen erfolgreichen Kampf gegen die Schundliteratur führt, sind die letzten Hefte des laufenden Jahrganges erschienen. Mit Heft 52 nimmt der mit so außerordentlichem Interesse aufgenommene Roman „Der Haiduck“ von Bucura Dumbrava sein Ende. Am 1. Januar beginnt ein neuer Roman: „Kenilworth“ des hervorragenden schottischen Erzählers Scott, der, wie wir hoffen, ebenfalls allgemeinen Beifall finden wird. Aber auch die nebenher zum Abdruck gelangende Erzählung „Nummerjahre“, welche die Leben einer Mutter — der während der russischen Revolution die Söhne verhaftet werden — schildert, wird durch ihren ergreifenden Inhalt und durch ihre anschauliche Darstellung sicher mit größter Spannung gelesen werden. Wir raten allen, die noch nicht Leser der freien Stunden sind, die sich leicht bietende Gelegenheit zum Abonnement zu benutzen, um so mehr, als der Preis außerordentlich bescheiden ist. Jede Woche erscheint ein 24 Seiten starkes Heft von künstlerischem illustriert zum Preise von 10 Wfg. Bestellungen nehmen alle Parteilieditionen, Zeitungsausleger und Kolporteurs entgegen. Wer „In freien Stunden“ noch nicht kennt, verlange ein Probeheft vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Die „kommunale Praxis“, Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt, beginnt am 1. Januar ihren 4. Jahrgang. Sie ist geschaffen, den in der Gemeindeverwaltung tätigen Parteigenossen als ein sicherer Führer zu dienen, ihnen Anregungen zu geben und mit Material an die Hand zu geben. Dabei wird das Blatt für jeden Parteigenossen, der sich für kommunale Angelegenheiten interessiert, unentbehrlich sein. Der Jahreswechsel und der Beginn des neuen Jahrganges gibt die beste Gelegenheit, mit dem Abonnement zu beginnen. Jede Woche erscheint ein Heft. Abonnements nimmt jede Buchhandlung sowie Postamt zum Preise von 3 Mk. pro Quartal entgegen. Wer das Blatt noch nicht kennt, verlange Gratiszusendung einer Probenummer vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Soeben erschien im Verlage der Buchhandlung Vorwärts: Heft 18 der Arb.-Ges.-Bibl.; Gb. Bernheim, Der Geschlechtstrieb. Eine nicht durch Bourgeoisie früherer Zeitalter getriebene Welt- und Lebensanschauung wird hinsichtlich des Geschlechtstriebes nicht von der Frage ausgehen: Wie schlagen wir ihn in Fesseln, sondern vielmehr: Wie reihen wir seine Befriedigung so in die Gesetze des Lebens ein, daß seine Ethik eine Ethik der Geschlechtsfreude werden kann. Von diesem Standpunkt aus tritt der Verfasser an die Probleme des Geschlechtslebens heran. In 5 Kapiteln behandelt er den Geschlechtstrieb bei Mensch und Tier, das Geschlechtsleben im Laufe der Zeiten, die Abnormitäten und Verwerflichkeiten des Geschlechtslebens, seine Hygiene, sein Recht und seine Ethik. Preis 20 Wfg. In besserer Ausstattung 50 Wfg.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung. Verleger: J. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtliche in Lübeck.

Komitee- u. Kommissionssitzungen

D. C. F.

Mittwoch abend 8 1/2 Uhr:
Berjammung im Vereinshaus.

Ein kräftiger Junge angekommen.
Carl Hudoffsky und Frau,
geb. Rothländer.

Statt besonderer Meldung.
Die Verlobung unserer Tochter Minna mit
dem Herrn Friedrich Lorenz beehren wir
uns hierdurch anzukündigen.
Lübeck, Weihnachten 1908.
Wilhelm Landt nebst Frau.

Minna Landt
Friedrich Lorenz.
Lübeck, Verlobte. Hirschbude,
2 St. Hamburg 2 St. Hamburg a. d. E.

Verlobungs-Anzeige.
Käthe Scheel
Ernst Hoffmann.
Stodtelsdorf.

Emma Stooss
Willy Kruse
Ratkau. Verlobte. Stodtelsdorf.
Weihnachten 1908.

Verpätet. Unserm Kollegen Theodor
Gossaint nebst Braut die herzlichsten
Glückwünsche zur Verlobung.
Die dienstigen Schloßer der A. M. G.

Fortzugshalber ist zu sofort oder später
eine Dreizimmerwohnung zu vermieten.
Preis 190 Mk. Kourwijnstraße 26. Hinterh.

Gesucht zum 1. April eine Zweizimmer-
wohnung. Holsentor bevorzugt.
Off. u. M. M. an die Exped. d. Bl.

Gesucht zum 1. April eine Dreizimmer-
wohnung in der Nähe des Schlachthofes,
Partee oder 1. Etage, von Leuten ohne
Kinder. Ang. mit Preisang. u. G. J. a. d. Exp.

Gesucht zum 1. April Dreizimmerwohnung
in der Nähe der Schwartauer Allee im Preise
von 250-300 Mk. von Leuten ohne Kinder.
Off. u. A. B. S. an die Exped. d. Bl.

Kleine Familie sucht eine Zwei- oder
Dreizimmerwohnung zum 1. April 1909.
Off. u. S. B. L. an die Exped. d. Bl.

Gesucht eine Dreizimmerwohnung von
einzelnen Leuten, möglichst Hüttenort.
Off. u. B. B. B. an die Exp. d. Bl.

Zweizimmerwohnung gesucht von einzelnen
Leuten, Burgtor oder dessen Nähe bevorzugt.
Ang. u. S. 12 an die Exp. d. Bl.

Gesucht zum 1. Januar 1909 (auch später)
Mk. 1700-2000 zu 5 Prozent als gute
Hypothek. Georgstr. 39.

Eine gutgehende Wirtschaft an solventen
Käufer bei 6-7000 Mk. Anzahlung zu ver-
kaufen. Angebote unter F. H. an die Exped.
d. Blattes.

1 Radentisch u. 1 Radlampe
zu verkaufen.
Schönlampstraße 3a.

Ein goldenes Gliederarmband verloren
auf dem Wege von Geverdesstraße, Schwart-
Allee, Holsentorstraße, Markt, Breitestraße,
Polizeiwaage bis Biophon-Theater. Gegen
hohe Belohnung abzugeben.
Geverdesstr. 11, part.

Große Filzstiefel
(von einem Schaffner) gut erhalten, für 6 Mk.
zu verkaufen. Allee 45.

Am Mittwoch, den 23. d. Mts., ist bei dem
Weihnachtsverkauf der Maurer bei der
Garderobe eine Kinderbox abhandeln ge-
kommen. Es wird gebeten, dieselbe im
Bureau des Zweigvereins abends zwischen
7 und 8 Uhr abzuliefern.
Der Vorstand.

Unter alte emaillierte Töpfe werden neue
emaillierte Böden gesetzt.
Mienstraße 18.

**Tapezier-, Polster- und Dekorations-
arbeiten** werden gut ausgeführt von
Curt Pannier, Tapezier und Dekorateur,
Schiffstraße 11.

Dr. Schuhr
von der Reise zurück.
Abreisenden
ausbewahrt und nachgesandt werden Gegen-
stände aller Art, als: Mobilien, Koffer u. im
Bagerhaus u. Expeditionsgeß. F. H. d. E.